Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 1.—6. Oktbr. 25 Mill. Mk. freibleibend. Einzelverkaufspreis 4,5 Mill. Mk.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 6,5 Mill. Mark. auswärtige Grundpreis 150 Mk. mal Schlüsselzahl d. D.Z.V., Versamml.-, Arbeits- u. Wohnungsanzeig. 6 Mill. Mk., Reklamen 26 Mill. Mk.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 230. Dienstag, 2. Oktober 1923. 30. Jahrgang.

Putschversuch in Küstrin.

TU. Berlin, 1. Oktober.

Amtlich wird mitgeteilt:

„Nationalkommunistische Haufen versuchten heute früh Küstrin zu überrumpeln und drangen in die militärisch nicht belegte Altstadt ein. Der Kommandierende von Kustrin hat ihren Führer, Buchrucker, festgenommen. Die Garnison, der Verstärkungen aus den benachbarten Reichswehrgarnisonen zugeführt werden, hat den Auftrag erhalten, die Ordnung mit rücksichtslosem Einsetzen aller Mittel wieder vollständig herzustellen.“

*

Die Nachricht ging uns schon Montag vormittag von unserer Telegraphenagentur zu. Ihre Veröffentlichung mußte aber auf Grund folgenden Befehls des Reichswehrministers an sämtliche Wehrkreise unterbleiben:

„Um Beunruhigungen der Bevölkerung durch unverbürgte Gerüchte zu vermeiden, befehle ich, daß Nachrichten über dergleichen Unruhen im unbesetzten Gebiet nur verbreitet werden dürfen, wenn sie amtlicher Herkunft sind. Zuständig bleiben die Wehrkreiskommandeure für die Erteilung dieser Nachrichten. Zuwiderhandlungen werden nach Paragraph 4 der Verordnung des Reichspräsidenten bestraft.“

*

Der im amtlichen Bericht enthaltene Ausdruck „nationalkommunistisch“ soll wohl „nationalsozialistisch“ lauten. Im Grunde genommen kommt es aber auf dasselbe hinaus. Der Sturmversuch zur Aufwühlung der Front gibt aber den unwiderleglichen Beweis, daß die deutschvölkischen und deutschnationalen Versicherungen, ein Monarchistenputsch sei nirgends geplant, eitel Schwindel sind. Dies haben wir auch am Montag den „Lübeckischen Anzeigen“ bestätigt. Den durch machtlüsterne dunkle Existenzen verhetzten tatendurstigen Leuten dürfte das kräftige Zupacken des Befehlshabers der Reichswehr eine Warnung sein. Ein Teil der Freischärler sucht sein Heil im Süden. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, haben sich in den letzten Tagen zahlreiche Angehörige des Stahlhelmbundes aus der ganzen Provinz Sachsen in Magdeburg gesammelt und haben sich dann in geschlossenen Scharen nach Bayern begeben.

*

TU. Berlin, 1. Oktober.

Ueber die Lage in Küstrin wird vom Reichswehrministerium mitgeteilt: Durch sofortiges energisches Eingreifen ist der Kommandant in kurzer Zeit der Bewegung Herr geworden. Die Garnison ist in die Stadt eingedrungen und hat die Unruhestifter im Zeughaus eingeschlossen. Mehrere Führer wurden verhaftet. Die von den Nachbargarnisonen einmarschierenden Verstärkungen werden voraussichtlich nicht mehr einzugreifen brauchen.

Das Ende des Spuks.

Berlin, 2. Oktober.

Amtlich wird mitgeteilt: Das Küstriner Abenteuer hat ein schnelles Ende gefunden. Ein Einsetzen der nach Küstrin herangezogenen militärischen Verstärkungen war nur in geringem Umfang nötig. Die Aufständischen in einer Gesamtstärke von zirka 400 Mann unter einem Dutzend Rädelsführer sind restlos gefangen und entwaffnet worden. Bei der Säuberung der Umgegend von Küstrin ist noch eine Bande von etwa 30 Köpfen ausgehoben worden. Das Feuergefecht von gestern abend brachte auf seiten der Aufständischen einen Toten und einige Leichtverletzte. Die Truppen hatten keine Verluste zu beklagen. Die nach Küstrin herangezogenen auswärtigen Truppenteile werden heute in ihre Standorte zurückkehren.

Kahr und die Monarchie.

Scharfer Kampf gegen links. — Kein Kompromiß, Kampf bis zur Entscheidung. — Königsparade.

München, 1. Oktober. (Eig. Drahtber.)

Heute fand die erste Pressekonferenz in den Räumen des Generalkommissariats statt, zu der aber nur die sogenannte „nationale bayrische Presse“ Einladungen erhalten hatte. Dazu gehörte auch der „Völkische Beobachter“, nicht aber das offizielle Organ des Kampfbundes, das „Heimatland“, selbstverständlich auch nicht die „Münchener Post“ und die Vertreter der auswärtigen Presse. In dieser Konferenz entwickelte Kahr noch einmal kurz sein Programm. Er habe die Aufgabe, die **Autorität des Staates mit allen Mitteln zu festigen.** Dazu benötige er der Hilfe aller nationalgesinnten Kreise und Organisationen. Wer an der nationalen Einheitsfront kein Interesse habe, den könne er nicht brauchen. Seine **Stellung zum Monarchismus** sei bekannt. In dieser Frage müsse **endlich einmal Klarheit geschaffen** werden. Es gäbe **nur ein Rechts oder ein Links,** und von dieser klaren Entscheidung ausgehend, könne niemals ein Kompromiß, sondern **nur der Kampf und ein Austragen der Gegensätze zum Ziele führen.** Aus dieser Stellung heraus sei das Verbot der S. A. und ähnlicher Organisationen zu beurteilen. Auch die **Sistierung des Vollzuges der Gesetze zum Schutze der Republik** gehöre zu den Maßnahmne, die zu einer Klärung der Lage führen sollen. Weitere Maßnahmen in dieser Richtung würden folgen. **Die Monarchie werde nicht ausgerufen, sondern sie wachse und komme von selbst,** wenn sie gesund sei. Gegen hinterhältige Angriffe werde er auf das schärfste vorgehen. Im übrigen hoffe er, daß er die noch außenstehenden Organisationen zu sich heranziehen könne.

Mit dem letzteren sind unzweifelhaft die Organisationen des „Kampfbundes“ gemeint, die im „Völkischen Beobachter“ immer neue Forderungen an Herrn v. Kahr stellen. Entgegen der bisherigen Gepflogenheit ist der „Völkische Beobachter“ auch am Montag früh im vollen Umfange erschienen. Die Maßnahmen Kahrs vom Sonnabend werden darin im allgemeinen für gut befunden, zugleich aber wird Zweifel darüber ausgesprochen, daß aus dieser an sich begrüßenswerten Tat sofort alle Konsequenzen gezogen werden, denn sonst hätten „sofort **alle marxistischen Volksverhetzer und Arbeiterbetrüger in Bayern hinter eiserne Gardinen gesetzt und die marxistische Verräterpresse unterdrückt werden** müssen. Ferner hätte eine große politische Propagandakommission zur Bekämpfung des Novemberverrats, des jüdischen Marxismus und des Börsengaunertums eingerichtet werden müssen“. Auch heute abend ist bereits eine neue Nummer des „Völkischen Beobachter“ erschienen mit der großen Ueberschrift „Berliner Drohungen mit dem Einmarsch der Reichswehr in Bayern“. Es handelt sich hierbei um die Wiedergabe der Meldung des „Vorwärts“, daß die Reichsregierung mit Hilfe der Reichswehr und der Zivilbehörden das putschistische Heer in Bayern ausräuchern wolle. Der dazu gegebene Kommentar spricht von der zweideutigen Haltung der Reichswehr und schließt mit den Worten: **„Eher wird kein Friede** im deutschen Lande, ehe nicht die **schwarz-weiß-rote Fahne** und das **Hakenkreuzbanner über dem Berliner Schlosse wehen“.**

An die Rückkehr unserer Genossen von Berlin schlossen sich sofort eingehende Beratungen der Verantwortung tragenden Instanzen der freiorganisierten Arbeiterschaft.

*

Verbote gegen Arbeiterorganisationen.

Das am Sonntag ausgesprochene Verbot der S. A. wird am Montag durch eine Verordnung im „Staatsanzeiger“ in seinen Einzelheiten bekannt gemacht. Es erstreckt sich auf die rechtsrheinischen Gebiete Bayerns. Die Sicherheits- und Selbstschutzverbände und ähnliche Einrichtungen der sozialdemokratischen Partei und der kommunistischen Partei werden verboten und aufgelöst.

Wie aus dem Staatskommissariat verlautet, ist eine Streikverordnung erlassen worden. Durch diese Verordnung werden Streiks und Aussperrungen verboten, ebenso jede Art von Sabotage, d. h. widerrechtliche Stillegungen und Hemmungen privater und öffentlicher Betriebe.

Parade vor dem früheren Kronprinzen unter Teilnahme von Dr. Kahr und General v. Lossow.

Das „Berliner Tageblatt“ berichtet aus München vom Sonntag: Anläßlich der Anwesenheit des früheren Kronprinzen Rupprecht und seiner Gattin kam es heute in München zu **monarchistischen Demonstrationen.** Der Kronprinz kam in großer Generalsuniform von einer Regimentsfeier der Chevauxlegers in Augsburg zur **Regimentsfeier des Leibregiments** nach München.

Nach einer Ansprache des Reichswehrgenerals v. Epp enthüllte der Kronprinz am Portal der Türkenkaserne eine Gedenktafel mit der Königskrone des Regiments und **nahm die Parade über 20 000 frühere Regimentsangehörige ab, an deren Spitze General v. Epp schritt.** Um Rupprecht geschart, standen der Generalstaatskommissar Dr. v. Kahr, der Ministerpräsident v. Knilling, der Kommandant des Wehrkreiskommandos VII, Bayern, der Reichswehr, Generalleutnant v. Lossow, Generaloberst Graf Bothmer und zahlreiche andere hohe Offiziere, alle in großer Gala. Später nahm der Kronprinz noch **eine Parade über die Münchener Polizei ab,** die ihr 25jähriges Bestehen feiert. Innenminister Dr. Schweyer brandmarkte in einer Ansprache die **„verbrecherische Novemberrevolution“.** Auf der Fahrt durch die Straßen wurden dem Kronprinzenpaar von der Menge stürmische Ovationen gebracht. Man rief **„Hoch König Rupprecht,** es lebe der König und die Königin“. Auch v. Kahr und v. Epp wurden stürmisch gefeiert.

Das Reich und Bayern.

Das Reichskabinett befaßte sich am Montag nachmittag erneut mit der allgemeinen politischen Lage. Vor allem wurde die Regierungserklärung, die der Reichskanzler heute vor dem Reichstage abgeben will, vorbereitet. In dieser Erklärung wird Dr. Stresemann auf den widerrechtlichen Ausnahmezustand in Bayern Bezug nehmen. Vorläufig hat man von der Absicht, ein Schreiben an die bayrische Regierung zu richten, in dem die Rechtslage klargelegt wird, aus bestimmten politischen Gründen abgesehen.

Aufgaben der Innen- und Außenpolitik.

Am Dienstag tritt der Reichstag zur Entgegennahme einer Regierungserklärung zusammen. Er findet eine außenpolitische Lage vor, die trotz des Abbaues der Ruhrfront als äußerst kritisch zu betrachten ist und innenpolitisch sieht er sich vor Verhältnisse gestellt, die jede Hoffnung auf einen baldigen Wiederaufstieg unseres Volkes zerstören können.

Die Verhandlungen über die Wiederherstellung geordneter Zustände im Ruhrgebiet sind bisher noch nicht aufgenommen. Vielleicht wären wir weiter und manches, das wir jetzt erneut über uns ergehen lassen müssen, hätte vermieden werden können, wenn der Reichskanzler den Ratschlägen gefolgt wäre, die auf eine schnelle Besetzung der verwaisten Botschaften in Paris und Brüssel hinausliefen. Aber man hat auch diesmal wieder falsche Rücksichtnahme walten lassen, verzichtete in Anbetracht des nationalistischen Geschreies auf eine allzu plötzliche Umstellung unserer Außenpolitik und hat damit gewissermaßen der französischen Regierung in die Hand gespielt. Wir sollten uns endlich einmal abgewöhnen, von inneren Stimmungen unsere Außenpolitik leiten zu lassen. Deutschland hat den Krieg verloren, es ist politisch und wirtschaftlich eine geschlagene Macht und es kann nur sich selbst dienen, wenn jedes Prestige aus seiner Politik ausgeschaltet wird, solange wir mit Frankreich als Gläubiger rechnen müssen. Die Ausschaltung einer Prestigepolitik läuft nicht auf die vollkommene Unterordnung unter den französischen Zerstörungswillen hinaus. Was wir für notwendig und richtig halten, ist eine Vernunftpolitik in gerader Linie, die viel nationaler ist als eine Politik derjenigen, die aus angeblichem Patriotismus jedes Zugeständnis an die Ententemächte ablehnen wollen. Haben uns die Versuche der politischen Negation seit 1918 nicht genügend gekostet? Wir haben bisher immer nur ablehnen dürfen, um später die Kosten in doppelter Auflage zu zahlen. Auch diesmal verzichteten wir zunächst auf die Entsendung deutscher Botschafter nach Paris und Brüssel, um schon in ganz kurzer Zeit doch offiziell den Schritt zu machen, der lediglich aus innerpolitischen Gründen noch vor wenigen Tagen vermieden wurde. Praktisch bedeutet das eine Erschwerung der Stellung unserer jetzt zu entsendenden Unterhändler, weil Frankreich inzwischen auf eigene Faust versucht hat, die Produktion im Ruhrgebiet, soweit es selbst daran interessiert ist, zu unseren Ungunsten wiederherzustellen. Wir wollen hoffen, daß die Fehler unserer Außenpolitik in den letzten Tagen noch wiedergutzumachen sind. Aber uns scheint, daß sie nur dann ausgemerzt werden können, wenn wir auf schnellstem Wege mit einem praktischen Vorschlag an die Reparationskommission zur Lösung des Reparationsproblems herantreten und diesen Vorschlag durch offizielle Beauftragte der deutschen Regierung in Paris interpretieren lassen. Nur auf diese Art dürften wir auch zu Verhandlungen mit der Gesamtentente kommen, welche herbeizuführen gerade diejenigen allen Anlaß haben, die den französischen Zerstörungswillen, die Absicht Poincares, Deutschland zu zerstückeln, fürchten.

Es ist nicht abzustreiten, daß die Außenpolitik der Regierung durch die inneren Verhältnisse äußerst erschwert wird. Hier rächen sich ebenfalls die Unterlassungssünden des Kabinetts Cuno, deren Folgewirkungen leider auch von der neuen Regierung nicht verhindert werden konnten. Herr Cuno machte den besitzenden Schichten den Patriotismus in jeder Beziehung leicht. Er verzichtete auf steuerliche Maßnahmen und ließ ihnen freie Hand in der Vorbereitung umstürzlerischer Absichten. So konnten unsere Reaktionäre ihre Steuern für den Staat geheimen Rüstungen zukommen lassen, die zum Teil tatsächlich auch glückten, und als deren Ergebnis die letzten Vorgänge in Küstrin zu betrachten sind. Hier hat ein alter Kappist, ein Major a. D., Buchrucker, geglaubt, das Signal zum Umsturz geben zu können. In Begleitung einer großen Schar bewaffneter Jünglinge, die sich nur dazu berufen fühlen, dem Volk die unbedingt notwendige Ruhe zu nehmen und die ohne Vagabundenleben nicht auskommen können, besetzte er am Montag beim Morgengrauen die ohne Militär befindliche Altstadt in Küstrin. Diesen Akt der Unvernunft brauchen wir, nachdem er unblutig verlaufen ist, nicht zu bedauern. Er hat den Behörden neuen Anlaß gegeben, besonders scharf auf der Hut zu sein und gegen die rechtsradikalen Organisationen einzuschreiten. Er bewies aber ferner, daß die Reichswehr ihren Mann zu stehen bereit ist und die Umstürzler sich auf ihre Sympathien in gewissen Schichten unserer Wehrmacht nicht allzu sehr verlassen sollten.

Jedenfalls ist eine starke Hand der Polizeiminister der Länder und des Reichswehrministers notwendig, wenn wir die kommenden Wochen ohne innere Unruhen, die dem äußeren Gegner nur zunutze kommen, überstehen wollen. Mit Polizeigewalt allein aber sind die Verhältnisse nicht zu meistern. Ohne Lebensmittel, ohne wertbeständiges Geld dürfte auch der beste Wille der Reichs- und

Länderregierungen auf die Dauer nicht fähig sein, die Ordnung als Voraussetzung für eine zufriedenstellende Außenpolitik aufrechtzuerhalten. Hier wird der Reichstag vor besonders schwere Aufgaben gestellt. Er muß, nachdem die Regierung den Weg gezeigt hat, auf schnellstem Wege für ein wertbeständiges Geld mit Sorge tragen helfen und alle in diesem Zusammenhang notwendigen Finanz- und Wirtschaftsfragen einer schnelleren Lösung zuführen. Es heißt jetzt handeln, nachdem über die politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten seit Wochen zur Genüge geredet wurde.

Ob die wirtschaftlichen Probleme mit oder ohne Mehrarbeit zu lösen sind, muß sich aus der Praxis ergeben. Jedenfalls ist die Arbeiterschaft nicht abgeneigt, Mehrarbeit zu leisten, sobald das im Interesse des Volkes liegt. Mehr als einmal sind hierfür Beweise geliefert worden. Aber wir sind gegenwärtig nicht in der Lage, das Problem der Mehrarbeit als das entscheidende zu betrachten, während Hunderttausende von Arbeitern arbeitslos auf der Straße liegen oder nur noch bei stark reduzierter Arbeitszeit beschäftigt werden und solange sich die bürgerlichen Parteien der Auffassung hingeben, daß zum Opfern in Deutschland nur der Arbeiter geboren ist. Wird die Wehrpflicht des Besitzes tatkräftig durchgeführt, dann ist unsere Arbeiterschaft bereit, auch eine Wehrpflicht ihrerseits anzuerkennen, soweit das notwendig ist. Diejenigen aber, die da glauben, durch eine radikale Lösung dieses Problems in Deutschland etwas ändern zu können, sind im Irrtum. Auch die Drohung mit dem Verzicht der Mitarbeit der Sozialdemokratie in der Regierung vermag sowohl an der grundsätzlichen Einstellung der Partei zu den politischen Tagesfragen als auch an ihrer gegenwärtigen Auffassung über die nationalen Notwendigkeiten nichts zu ändern.

Der blutige Tag in Düsseldorf.

SPD. Elberfeld, 1. Oktober. (Eig. Drahtber.)

Die bisherigen Feststellungen über die Zahl der Verletzten anläßlich der blutigen Zusammenstöße in Düsseldorf ergaben 74 Verwundete, darunter 13 Polizeibeamte. Getötet wurden 7 Sonderbündler, ein Angehöriger der blauen und zwei Angehörige der grünen Polizei. Die überraschend hohe Zahl der Verwundeten und getöteten Polizeibeamten beweist, daß die Separatisten gut bewaffnet waren und von ihren Waffen schonungslos Gebrauch machten. Auf die Besatzungsbehörde wirft die Bewaffnung der Matthes-Anhänger mit Feuerwaffen ein übles Licht, da die Besatzung sonst das Verbot des Waffentragens streng durchführt. Am Montag nachmittag wurde der stellvertretende Regierungspräsident Radbatz verhaftet. Die verhafteten Polizeibeamten werden noch immer von den Franzosen festgehalten. Vor ihren Quartieren stehen seit heute nachmittag Lastkraftwagen.

Eine neue Ordonnanz droht deutschen Beamten, die der Besatzungsbehörde die Einsicht in die Akten und die Auskunfterteilung verweigern, Gefängnisstrafen bis zu 5 Monaten an.

Belagerungszustand in Düsseldorf.

TU. Düsseldorf, 1. Oktober.

Der französische kommandierende General Simon hat infolge der blutigen Vorfälle vom Sonntag nachmittag über die Stadt den Belagerungszustand verhängt. Anderen Meldungen zufolge sind die Vertreter des Magistrats von der französischen Behörde festgenommen worden.

*

Die Lage in Düsseldorf bleibt weiter bedrohlich. Die Sonderbündler scheinen sich mit neuen Putschplänen zu tragen, da sie durch die Entwaffnung der Schupo sich als Herren der Situation fühlen. Die Gewerkschaften beabsichtigen, einen neuen separatistischen Vorstoß mit einem allgemeinen Generalstreik zu beantworten.

Die Zahl der Opfer ist nach neueren Meldungen weit höher. Auf einem Verbandsplatze wurden allein 112 Verletzte verbunden. Die Zahl der Verwundeten dürfte sich mindestens auf 200 belaufen, wobei es sich zum größten Teil um schwere Fälle handelt.

Dortens Pläne.

Dorten erklärte in Wiesbaden einem Vertreter des Gaulois, er werde die Rheinische Republik auf alle Fälle gründen und fürchte keine Widerstände vom Ausland, auch von England nicht. Eine gerade Linie von Essen nach Frankfurt a. M., in die beide einbezogen werden sollen, werde ihre Ostgrenze bilden. Bochum und Dortmund im Norden und Mannheim im Süden sollen ausgeschlossen bleiben, während die Pfalz, Birkenfeld, Nassau und das ehemalige Großherzogtum Hessen zur Rheinischen Republik kommen sollen, die damit elf Millionen Menschen umfassen werde. Frankreich könne am Rhein bleiben, so lange es wolle. Die zu gründende rheinische Miliz werde unter das Kommando französischer und belgischer Offiziere gestellt werden

Arbeitsaufnahme im Ruhrgebiet.

Wie der „Sozd. Parlamentsdienst" erfährt, ist die französische Regierung durch ihre Botschaft in Berlin von deutscher Seite um die Einleitung offizieller Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet ersucht worden.

TU Berlin, 1. Oktober.

Die Förderung in den Zechen wird, wie die „Voss. Ztg." aus dem Ruhrgebiet meldet, im Ruhrgebiet nach neunmonatigem Stillliegen wieder aufgenommen. Wie von Arbeitgeberseite mitgeteilt wird, ist der Erlaß einer großen Proklamation über die Wiederaufnahme der Arbeit nicht beabsichtigt. Es ist nicht anzunehmen, daß bereits heute einheitlich auf allen Zechen wieder gearbeitet werden wird, vielmehr werden heute noch technische Besprechungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern stattfinden, sodaß mit einer allgemeinen Arbeitsaufnahme von morgen an zu rechnen ist.

Anfrage der badischen Regierung.

Karlsruhe, 1. Oktober.

Zu der Mitteilung, daß die badische Regierung sich an zuständiger französischer Stelle erkundigt habe, welche Voraussetzungen für die Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs Appenweier—Offenburg—Kehl in Frage kommen, wird weiter bekannt, daß die badische Erkundigung in Kehl bezw. in Paris im Einverständnis mit den zuständigen Reichsstellen erfolgt ist.

Drakonische Maßregeln der Franzosen.

Aus Mainz kommen halbamtliche französische Meldungen, denen zufolge die französisch-belgische Eisenbahnregie alle notwendigen Vorkehrungen getroffen haben soll, um **30 000 Eisenbahner anzuwerben.** Diese Angeworbenen müssen der genannten Quelle zufolge einen Eid ablegen, den alliierten Zivil- und Militärbehörden Gehorsam zu leisten. Die Reichsregierung ist bisher über derartige Pläne der französisch-belgischen Regie bisher nicht unterrichtet worden. Aber selbst angenommen, sie träfen zu, dann wird sich Deutschland mit ihnen nicht ohne weiteres abfinden können. Frankreich und Belgien haben nicht das Recht, nach eigenem Gutdünken über die deutschen Eisenbahner im Ruhrgebiet zu verfügen und sie als Organe der französischen Besatzung zu betrachten. Auch in den Instruktionen Poincarés an den englischen Botschafter und denen der belgischen Regierung an ihren Vertreter in London wird nichts davon geäußert, daß Frankreich und Belgien die Absicht hegen, eine Eisenbahnregie einzurichten, die deutsche Staatsbürger als französische Angestellte betrachtet. Poincaré hat im Gegenteil wiederholt erklärt, daß nach Aufgabe des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet ein Zustand eintreten soll, wie er von Frankreich am 11. Januar beabsichtigt war.

Wie wir erfahren, ist die französische Regierung durch ihre Botschaft in Berlin von deutscher Seite um die Einleitung offizieller Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet ersucht worden.

Zur politischen Lage.

Reichskanzler Dr. Stresemann beabsichtigte, am heutigen Dienstag im Reichstag eine Erklärung über die Lage abzugeben, aber es ist fraglich geworden, ob er diese Absicht wird ausführen können. Die politischen Verhältnisse haben sich entgegen den Erwartungen bis zur Stunde noch gar nicht genügend geklärt, und zwar gilt das sowohl für die Außenpolitik als auch für die innerpolitische Lage. Infolgedessen wird Dr. Stresemann wohl gar nicht imstande sein, präzise Erklärungen abzugeben, die zur Grundlage einer parlamentarischen Beratung mit Erfolg gemacht werden könnten.

Das Kabinett Stresemann steht vor den schwerstwiegenden Entscheidungen. Die neuesten Anordnungen Kahrs stellen eine gar nicht mehr verschleierte **Auflehnung gegen Reichsregierung und Republik** dar. Läßt die Reichsregierung sie einfach passieren, so bedeutet das die Duldung der beginnenden Loslösung Bayerns vom Reich. Wie stark gewisse Kreise Bayerns mit der Separation rechnen, geht daraus hervor, daß schon vor etwa acht Tagen **bayrische Firmen ihre Depots in Berlin abgehoben** haben aus Furcht, im Falle einer bayrischen Loslösung werde die Reichsregierung die bayrischen Guthaben im übrigen Deutschland mit Beschlag belegen.

*

Am Montag nachmittag wurde im Finanzministerium der Währungsentwurf der Regierung in einer Sitzung mit den Parteiführern besprochen. U. a. wurden auch die Vorschläge der demokratischen Partei erörtert. Diese zielen bekanntlich darauf hin, die Finanzierung des Etatsbedarfs des Reiches bis zur Budgetausgleichung durch die Umstellung aller Steuern auf die Goldbasis durch den Ausbau der Goldanleihe zu sichern. Die Goldanleihe soll durch Sicherstellung des Zinsendienstes vermittels effektiver Gold- und Devisensteuern auf ein festes Fundament gestellt und für einen begrenzten Zeitraum als Zahlungsmittel verwendet werden. Diese Vorschläge decken sich also mit denen, die die **sozialdemokratische Partei bereits von zwei Monaten** leider vergeblich **dem Kabinett Cuno gemacht** hatte. Damals wären sie ohne weiteres von durchschlagender Bedeutung gewesen. Heute hat sich die Lage gründlich geändert. Das Währungselend ist ins Maßlose gestiegen. Der Devisenmarkt erlebte am Montag eine neue Hausse. Die industrielle Krise, die auf das engste mit dem Währungselend zusammenhängt, nimmt stündlich größeren Umfang an. Die ganze Wirtschaft droht unter der Papierflut zu ersticken, sodaß schnell und unverzüglich Hilfe gebracht werden muß. Man hat heute tatsächlich nicht mehr die Zeit, diesen oder jener Plan auf seine bessere Wirksamkeit hin zu prüfen. Die Regierung und die Parteien haben nur die Möglichkeit, sich für das Mittel zu entscheiden, das in kürzester Zeit Besserung und Hilfe verspricht. Angesichts der traurigen Verhältnisse in unserem Geldwesen darf nicht mehr verhandelt, sondern es muß gehandelt werden, wenn die Katastrophe noch vermieden werden soll.

Die pommerschen Deutschnationalen.

Anläßlich der Verhängung des Ausnahmezustandes veröffentlicht die Deutschnationale Volkspartei Pommerns eine Kundgebung, in der es u. a. heißt: „Die Deutschnationale Volkspartei Pommerns begrüßt die eingetretene Aenderung in den innerpolitischen Zuständen als einen ersten Schritt zur Gesundung. Die Uebertragung der vollziehenden Gewalt auf die militärischen Befehlshaber bietet allen Vaterlandsfreunden die Gewähr, daß nicht nur im Innern den dunklen Machenschaften internationaler Volksverderber energischer als bisher entgegengetreten wird, sondern daß auch dem äußeren Feind gesagt wird, daß wir bei aller Ohnmacht noch Männer haben, die nicht gewillt sind, sich und ihre Kinder waffenlos knechten zu lassen." (Die deutschnationale Reichstagsfraktion verlangt bekanntlich die Aufhebung dieser von ihren Parteifreunden so lebhaft begrüßten Verordnung.) Bedauert wird aber in der Kundgebung, daß als Zivilkommissar für Pommern der sozialdemokratische Abgeordnete und frühere Gewerkschaftssekretär Hartwig ernannt worden ist. Pommern sei eine ausgesprochen landwirtschaftliche Provinz.

Erhebliche Kurssteigerungen.

Berlin, 1. Oktober.

Die Börse stand bei Wochenbeginn zunächst unter dem Eindruck der blutigen Zusammenstöße in Düsseldorf und der Meldung über einen Putschversuch in Küstrin. Die anfänglich pessimistische Beurteilung der Lage kam in einem Dollarstande von zirka 300 Millionen zum Ausdruck. Da jedoch die späteren Meldungen aus Küstrin die Lage wesentlich ungefährlicher erscheinen ließen, machte sich im Verlaufe der ersten Börsenstunde eine Entspannung geltend, die den Dollar auf etwa 260 Millionen zurückgehen ließ. Die Geldschwierigkeiten sind zwar noch nicht völlig überwunden, aber man konnte heute auf der ganzen Linie Rückkäufe am Effektenmarkt beobachten. Die verstärkte Nachfrage bewirkte ganz bedeutende Kurssteigerungen. Eine größere Anzahl von Papieren, insbesondere der westdeutschen Industrie konnten ihren Kursstand verdoppeln.

Der für die Durchführung der Devisenordnung maßgebende amtliche Mittelkurs des Dollars betrug am 1. Oktober 242 Millionen Mark.

Kurs vom 2. Oktober:

Dollar 350 000 000.

Das Ergebnis der Goldanleihe.

Das Reichsfinanzministerium teilt nunmehr das endgültige Ergebnis der Goldanleihe mit. Es sind insgesamt 35 Millionen Dollar oder 147 Millionen Goldmark gezeichnet worden. Das bedeutet gegen die beim Vorabschluß genannte Summe von 75 Millionen Goldmark nahezu eine Verdoppelung. Mit Rücksicht auf die bei der Auflegung dieser Anleihe obwaltenden Umstände kann dieses Ergebnis als zufriedenstellend bezeichnet werden.

Ein „vaterländisches" Manöver.

Alarmnachrichten zur Putschvorbereitung.

Nach schlecht bewährter Methode der Kapp-Rebellen versuchen jetzt die „Vaterländischen Verbände Deutschlands" durch Verbreitung lügenhafter Meldungen ihre Gegner durcheinander zu bringen, die öffentliche Meinung zu erregen und den Putsch vorzubereiten. Sie erlassen einen Aufruf, der die sensationelle Mitteilung enthält, die bürgerlichen Koalitionsparteien hätten sich entschlossen, "eine **Umbildung der Reichsregierung unter Ausschluß der Sozialdemokratie** in die Wege zu leiten".

Diese Mitteilung ist glatt erfunden. Erfinder ist vermutlich der bekannte Abg. Geisler, der Hauptmacher der Berliner „Vaterländischen", der vor einigen Monaten wegen seiner verlogenen Hetze gegen Stresemann aus der Volkspartei ausgeschlossen wurde. An diese erfundene Mitteilung knüpft nun der Aufruf folgende weitere Ausführungen:

Die Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands begrüßen diesen Entschluß als die für jeden Vaterlandsfreund seit langem zweifelsfreie Erkenntnis einer unumgänglichen Notwendigkeit. Gleichzeitig geben sie aber ihrer Ueberzeugung dahin Ausdruck, daß jede Umbildung des Reichskabinetts nur dann die Aussicht auf eine erfolgreichere Führung der Politik eröffnet, wenn sie **nicht durch den bisherigen Reichskanzler Dr. Stresemann erfolgt,** dessen innen- und außenpolitische Fehlschläge das Vertrauen der breitesten Volkskreise zu seiner Führung auf das schwerste erschüttert haben.

Die Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands fordern deshalb alle ihnen angeschlossenen und befreundeten Vereinigungen sowie alle vaterländisch gesinnten Männer und Frauen auf, bei den ihnen zugänglichen politischen Faktoren mit aller Entschiedenheit dahin zu wirken, **daß die Neubildung des Reichskabinetts nur einer Persönlichkeit übertragen wird, die nicht durch die Irrtümer und Niederlagen der Stresemannschen Politik belastet ist.**

Freunde im Lande, tut Eure vaterländische Pflicht. Es geht um das Leben und die Zukunft des Reiches!

Auch der „Tag" bringt eine ähnlich irreführende Meldung, wobei er sich auf angebliche Vorgänge in der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei bezieht. Aehnlich die „Deutsche Tageszeitung". In Wirklichkeit steht die Fraktion wie bisher bis auf einen kleinen Bruchteil geschlossen hinter Stresemann. Sie hat keine Lust, durch Entfesselung einer Regierungskrise im gegenwärtigen Augenblick das deutsche Staatsschiff in die Luft zu sprengen.

Die angeblich in Bildung begriffene, von den „Vaterländischen" begrüßte Regierung wird in absehbarer Zeit auf verfassungsmäßigem Wege nicht zustande kommen. Der Zweck der bewußt wahrheitswidrigen Veröffentlichung kann also nur sein, die Stimmung für eine neue „Regierung der Ordnung und Freiheit" vorzubereiten, wie sie am 13. März 1920 in Erscheinung trat.

* * *

Von den maßgebenden Führern der drei bürgerlichen Koalitionsparteien erfahren wir, daß in keiner der drei Parteien irgend etwas von einem derartigen Entschluß, wie dem oben gekennzeichneten, oder auch nur davon bekannt ist, daß derartige Verhandlungen stattgefunden hätten. Es handle sich lediglich um eine tendenziöse Stimmungsmache des Herrn Geisler und seiner Leute.

Rekordfahrt des früheren Zeppelinkreuzers „Bodensee".

Rom, 30. September.

Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani" hat das italienische Lenkluftschiff Esperia, das im Sommer 1921 in Italien ausgelieferte Zeppelin-Luftschiff Bodensee in der Nacht vom 26. zum 27. September eine ununterbrochene 13-stündige Nachtfahrt zurückgelegt, während der die Esperia von dem nahe Rom gelegenen Luftschiffhafen Ciampino aus über Neapel nach Palermo, Messina und zurück nach Ciampino geflogen ist. Die fast ausschließlich über dem Meer gefahrene Strecke mißt 1250 Kilometer. Wie die „Agenzia Stefani" hinzufügt, hat damit die Esperia die beste Leistung vollbracht, die die italienische Luftschiffahrt bis jetzt zu verzeichnen hat.

Zeitungsverbote. Der Befehlshaber im Wehrkreis 3 hat die Zeitung „Der Rote Kämpfer" und „Arbeiterfaust", die offenbar als Ersatz für die verbotene „Rote Fahne" erschienen sind, verboten. — Das „Deutsche Tageblatt" das für die Zeit seines kürzlich erfolgten Verbots durch den Berliner Polizeipräsidenten seinen Erscheinungsort nach Rostock verlegt hat, ist nunmehr abermals, und zwar durch den Reichsminister des Innern, auch für Mecklenburg verboten worden. — Das „Göttinger Tageblatt" auf vier Tage verboten. — Die kommunistische „Süddeutsche Arbeiterzeitung" in Stuttgart wurde wegen Aufforderung zum gewaltsamen Umsturz verboten.

Faschistische Abzeichen in der Schweiz verboten. Der schweizerische Bundesrat hat angesichts der Zwischenfälle, die sich zwischen Faschisten und Sozialisten in Lugano ereigneten, das Tragen schwarzer Hemden sowie des faschistischen Abzeichens verboten.

Wirtschaftspolitische Wochenschau.

In der verflossenen Woche hat die deutsche Regierung die notwendigen Maßnahmen ergriffen, um das Ruhrgebiet wieder produktiv zu gestalten. Es werden noch sehr viele Schwierigkeiten zu überwinden sein, bis die Bergwerke, Fabriken und Eisenbahnen wieder so ertragreich sind, wie das vor der Ruhrbesetzung der Fall war. Vor allen Dingen hat sich die Grundlage der rheinisch-westfälischen Produktion völlig verändert. Diese Veränderungen bedeuten ohne weiteres für die westliche Wirtschaft den Zwang zu einer radikalen Umstellung. Als sich Deutschland im Januar zur Abwehr entschloß, wurde die deutsche Mark im Inlande höher bewertet als im Auslande. Der deutsche Kaufmann war deshalb billiger, als die ausländische Konkurrenz. Dieser Umstand trug dazu bei, den deutschen Export mit jedem Sturz der Mark zu steigern. Die Inflation sprach für uns. Schon während der Besatzung sind die Folgen der Markverbesserung wesentlich andere geworden. Die Preise paßten sich durchweg dem Devisenstande an. Der Staat war gezwungen, seinen Bedarf durch die Notenpresse zu decken und warf Unmengen von Papiergeld auf den Markt. Das hatte zur Folge, daß die innere Entwertung der Mark bedeutend schneller vor sich ging als die äußere. Die deutschen Preise überholten die Weltmarktpreise. Die Vorgänge in der Berichtswoche beweisen, daß sich die Bildung der Preise für Inlandswaren völlig von dem Devisenkurs gelöst haben. Die Stützungsaktion der Regierung, die im großen und ganzen negativ verlief, drückte nämlich in der Mitte der Woche die Kurse der ausländischen Zahlungsmittel nicht unerheblich. Dieser Kursrückgang blieb aber auf die Preise für die deutschen Inlandswaren ohne Rückwirkung, sodaß sich die Lebenshaltung in Deutschland trotz geschwächter Devisen um 80 Prozent verteuerte. Heute ist Deutschland so ziemlich das teuerste Land der Erde, seine Waren haben den Reiz der Billigkeit verloren. Diese veränderte Grundlage bedeutet beschränkte Absatzmöglichkeit. Die Unterbindung des Exports, mit der besonders die rheinisch-westfälische Industrie zu rechnen hat, wird aber weiter verschärft durch die im Ruhrgebiet aufgestapelten Waren der chemischen und der Eisenindustrie. Man schätzt den Wert der Farbwarenläger am Rhein auf 4—500 Millionen Goldmark, während die Stahl- und Eisenmengen sicherlich 1¼ Millionen Tonnen betragen, also immerhin den 4. Teil einer normalen Jahresproduktion des ganzen rheinisch-westfälischen Industriegebietes. Soll die Arbeit an der Ruhr wieder produktiv werden, so muß der durch die Besatzung erzwungene Vorrat an produzierten Gütern auf den Markt gebracht werden. Das liegt nun durchaus im Interesse der deutschen Wirtschaft und der deutschen Arbeiterschaft, aber nicht im Interesse der ausländischen, besonders der französischen Schwerindustrie, weil das Angebot dieser großen Warenmengen die Preise trotz des gesteigerten Bedarfs im unbesetzten Deutschland allgemein drücken und auf die Konjunktur der übrigen Stahl- und Eisenländer ungünstig einwirken muß. Deshalb verlangen schon seit langem die belgischen und französischen Eisenleute von ihren Regierungen eine Lösung der Frage der Vorratsläger im Rheinland und in Westfalen in ihrem Sinne. Man denkt an eine Verkaufsorganisation unter belgisch-französischer Führung, die sie ganz allmählich räumt. Die deutsche Wirtschaft wird durch die Verwirklichung dieser Pläne sehr geschädigt. Sie wird sich abermals dem Machtspruch fügen und versuchen müssen, auch über diese Komplikation hinwegzukommen. Sie kann es nur, wenn sie ihre Produktions- und Kalkulationsmethoden ganz gehörig revidiert und eine Umstellung größten Stils vornimmt.

Schließlich wird sich die ganze Frage erst mit dem Ausgang des Kampfes um die französische Beteiligung an unserer westlichen Wirtschaft, mit Ende des sogenannten Kampfes um die Quote, der in diesen Tagen hinter den Kulissen der Außenpolitik der Noten, Aufrufe und Reden begonnen hat, lösen lassen. Die französischen Stahlindustriellen haben Interesse daran, sich den deutschen Schmelzkoks und die Produkte der deutschen Kohlendestillation auch über die durch den Vertrag von Versailles bestimmte Zeit hinaus zu sichern. Das wird zuguterletzt nur durch Vertrag, durch Beteiligung an unserer Industrie, gehen. Und durch Vertrag wird der lothringische Erzbergbau auch nur den deutschen Markt für seine Minette behaupten können, denn er erstickt in Erz, während die Hochöfen Westfalens nicht unbedingt der französischen Rohstoffe bedürfen. So ist das Zusammenarbeiten auf Grundlage des alten lothringisch-rheinischen Industrieblocks eine durchaus natürliche Sache. Man soll sich durch Schlagworte wie „kapitalistischer Kuhhandel" usw. nicht verwirren lassen. Damit kommt man über die politische und wirtschaftliche Notwendigkeit der beginnenden Umstellung in unserer Eisen- und Montanindustrie nicht hinweg. Dabei wollen wir die Gefahren für das Proletariat, gerade um ihnen beizeiten entgegentreten zu können, nicht übersehen. Nach der Umstellung wird es die deutsche Arbeiterschaft mit dem französischen Unternehmertum zu tun haben, das bekanntlich in sozialen Dingen äußerst rückständig denkt. Ohne Zweifel werden die Scharfmacher hüben und drüben die Produktion durch Abbau der sozialen Errungenschaften „fördern" wollen. Diese Gefahr, die in der sich vollziehenden wirtschaftspolitischen Umstellung liegt, kann nur in engster Gemeinschaft mit der durch sie ebenfalls bedrohten internationalen Arbeiterschaft abgewandt werden. Die französischen und belgischen Arbeiter, die augenblicklich wieder einen heftigen Kampf gegen die Sabotage des Achtstundentages führen müssen, werden für unsere Not volles Verständnis haben.

Die Währungsbank.

Im **finanzpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates** beschäftigte man sich am Freitag mit dem Gesetz einer Währungsbank. Der Berichterstatter, Geheimrat Dr. Bücher vom Industrieverband, bezeichnete als Zweck jeder Währungsreform die Aufbringung neuer Devisen, eine Reform der deutschen Wirtschaft, Produktionssteigerung und Aenderung der Wirtschaftspolitik des Reiches, d. h. völlig freie Wirtschaft. Als Uebergang zur Goldwährung sei eine Zwischenlösung, wie sie der Gesetzentwurf der Regierung vorsieht, erforderlich. Auch der Korreferent Bernhard sprach sich für die Zwischenlösung aus, hält aber zu ihrer Durchführung für erforderlich, daß die Reichsbank keine Schatzwechsel des Reiches mehr diskontiert, sonst nur Wechsel auf Goldmark diskontiert verzinsliche Goldkreditkonten gegen Einzahlung von Papiermark eröffnet und alle Verordnungen die die freie Verwendung von Devisen verhindern, aufgehoben werden. Außerdem soll das Reich das Recht erhalten, weitere Beträge der Goldanleihe auszugeben; für kurze Zeit sollten die Abschnitte der Anleihe als Zahlungsmittel gelten.

Diese Anträge wurden jedoch abgelehnt und die Regierungsvorlage mit einer Entschließung angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die Lebensdauer der Währungsbank beschränkt und so schnell wie möglich durch die Wiedereinführung einer wirklichen Goldwährung abgelöst wird, außerdem müsse der Leerlauf unserer Wirtschaft unbedingt beseitigt werden.

Verschlechterung der Reichsfinanzen.

Der Ausweis der Reichshauptkasse über die Finanzgebarung des Reiches für die Dekade vom 11.—20. September weist wieder eine geradezu katastrophale Verschlechterung auf. Der Kommentar führt diese Verschlechterung auf die verteuerten Lebensbedürfnisse und die Erhöhung der Bezüge der Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten zurück. Die Ausgaben betragen rund 5446 Billionen Mark. Dem stehen Einnahmen in der Höhe von 483 Billionen gegenüber. Einnahmen und Ausgaben verhalten sich also ungefähr wie 1 : 11,5. Dieses Verhältnis war auch in der vorigen Dekade vorhanden, sodaß der vermehrte Steuereingang, insbesondere die Einzahlungen auf die Goldanleihe in der verflossenen Dekade die Finanzverhältnisse des Reiches nicht günstiger gestaltet haben. Das Defizit mußte abermals durch die Notenpresse gedeckt werden. Infolgedessen vermehrte sich die schwebende Schuld, die am 10. September schon 2381 Billionen betragen hatte, auf 7342 Billionen. Der Zuwachs beträgt rund 4961 Billionen.

Ein Ludendorff-Prozeß.

SPD. Ludendorffs Glaubwürdigkeit ist schon mehr als einmal in grellster Beleuchtung erschienen. Wie er mit der Wahrheit umspringt, wenn ihm persönlich etwas nicht in den Kram paßt, das erweist erneut ein journalistischer Beleidigungsprozeß, der seit einiger Zeit in Kopenhagen spielt. Am 5. Februar d. J. veröffentlichte ein Mitarbeiter der konservativen Kopenhagener „Berlingske Tidende" einen Artikel über einen Besuch bei Ludendorff in seiner Villa bei München. Um das liberale Kopenhagener Blatt „Politiken", das daraufhin bei Ludendorff einen Artikel bestellte, abzuschütteln, erklärte der General kurzerhand, er habe den Vertreter von „Berlingske Tidende" nie empfangen oder gesehen. Diese Behauptung wiederholte er sogar verstärkt in einem zweiten Schreiben an „Politiken". Da dieses Blatt deshalb das Interview seiner Konkurrenz als Fälschung bezeichnete, kam es zu einer Beleidigungsklage. In deren Verlauf hielt Ludendorff als Zeuge unter Eid seine Ableugnung, den Vertreter von „Berlingske Tidende" empfangen oder gesehen zu haben, aufrecht. Jetzt teilte jedoch der Anwalt des Klägers dem Gericht mit, daß eine frühere Hausangestellte Ludendorffs, Alma Gottschalk, bereit sei, unter Eid zu bestätigen, daß Ludendorff Herrn Sonning, den Mitarbeiter von „Berlingske Tidende" in der Diele seiner Villa in Prinz Ludwigshöhe empfangen und gesprochen zu haben. Diese Vernehmung soll in diesen Tagen stattfinden. Dadurch würde Ludendorff zum mindesten des fahrlässigen Falscheides überführt und seine jüngste Erklärung, daß er an keinen Umsturz denke und ihn nicht vorbereite, würde noch „glaubhafter".

Vermischte Nachrichten.

Explosion in einem Berliner Eisenbahnbetriebsamt. In dem Gebäude des Potsdamer Ringbahnhofes in Berlin liegen an der Durchgangsseite nach dem Wannseebahnhof die Diensträume des Eisenbahnbetriebsamtes Nr. 7. Am Montag nachmittag erfolgte in den unter dem Betriebsamt liegenden Kellerräumen eine heftige Explosion, wodurch Wände und Decken eingerissen wurden. Die in den Diensträumen arbeitenden Beamten wurden mit der zusammenbrechenden Decke in die Tiefe gerissen und verschüttet. Die Feuerwehr konnte bis jetzt drei Verletzte bergen. Man vermutet, daß sich unter den Trümmern noch mehr Personen, wahrscheinlich auch Tote, befinden. Die Ursache der Explosion ist noch nicht mit Sicherheit festgestellt.

Lysol statt Braunbier. Am Sonntag wollte der Schlosser Paul Robitzki in Berlin nach Renovierung seiner Wohnung mit seinem selbstabgezogenen Braunbier seinen Durst stillen. Hierbei verwechselte er die Flasche und trank aus der durch das Einräumen dazwischengekommenen Lysolflasche und vergiftete sich. Der hinzugerufene Arzt versuchte den Magen auszupumpen, was ihm jedoch nicht gelang. Der Tod trat im Beisein des Arztes ein.

Schiffsunfälle im Nebel. Aus London wird gemeldet: Während des in der Nacht zum Sonntag herrschenden dichten Nebels ereigneten sich zahlreiche Schiffsunfälle, wobei hauptsächlich französische Fahrzeuge zu Schaden kamen. Der deutsche Dampfer „Curfield" strandete bei Cornwall. Er kam zwar mit eigenen Mitteln wieder frei, geriet aber auf eine Klippe und wurde schließlich nach Falmouth eingeschleppt. Der britische Dampfer „Florence" stieß mit einem anderen Schiff zusammen und sank. Man glaubt, daß drei Mann ertrunken sind. An der Südküste Irlands stieß der Cunarddampfer „Scythia" mit dem White-Star-Dampfer „Cedric" zusammen. Die Scythia, die nach Neuyork unterwegs war, kehrte nach Liverpool zurück, um den erlittenen Schaden zu prüfen.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Die Figurantin.

Der Roman eines Dienstmädchens.

Von Leon Frapie.

3. Fortsetzung.

Der Gipfel der Ironie war, daß die Gatten sich im Salon ihren Freunden gegenüber beklagten, bei Sulette keine Dankbarkeit und Hingebung zu erkennen. Eine Wendung wurde ganz besonders von Frau Coton und ihren Besucherinnen mit kühner Verzweiflung wiederholt:

„Es muß wirklich so sein, daß diese Dienstboten sehr wenig Herz haben!"

Eines Tages, bei einer unwiderstehlichen Zorneswallung warf Sulette ein aus einer Tasche auf den Teppich geglittenes Schlüsselchen zum Fenster hinaus. Im nächsten Augenblick, als ihr die Ueberlegung wiederkam, wunderte sie sich über diesen dummen Streich.

*

Am Jahrestag hatte Frau Coton sich etwas ersonnen, um Gratifikationen für ihren Mann zu erbetteln: einen Besuch im Ministerium in großer Toilette.

Am Tage dieser stolzen Zeremonie hatte Sulette — sie war zufällig mit dem kleinen Fritz allein geblieben — ihn sogar bei sich untergebracht und in der Küche spielen lassen! — wo ihn Madame beim Nachhausekommen findet!

Bis zu diesem Grade Herrn Friedrich zu erniedrigen! Ihn zu den Kasserollen zu setzen! Das war doch zu stark! Frau Coton, ganz blaß, stotterte vor Entrüstung:

„Ich lasse weder dem Rang noch der Erziehung meiner Kinder Abbruch tun! Ich kündige Ihnen!"

III.

Als Sulette im Freien war — sie hatte mit Mühe Erlaubnis erhalten, eine Stelle zu suchen —, jagten tiefe Atemzüge eine wahre Trübsinnsvergiftung aus ihrer Brust, wie das Rauschen einer Schleuse brauste es verworren in ihren Ohren, jetzt empfand sie eine Leere, eine Schwäche; dann kam es ihr wie ein Zuströmen, wie ein Erfülltwerden mit einem Uebermaß an frischer Luft vor.

In dem verwirrenden Verkehr der Rue Saint-Denis sah sie sich nun ohne ihre weiße uniformierende Schürze in der Freiheit! Sie bewunderte vor den Magazinen ihr Signalement: um die Taille glatt anliegendes gut sitzendes, wollenes Kleid, linnene, muschelförmige Haube in Höhe des Haarknotens, den schmalen flachen Kragen, Halbhandschuhe, gesticktes Tuch über den Schultern.

Ihr bleichgewordenes, abgezehrtes Gesicht zeigte die typischen Züge der Rasse: die schwarzen, glänzenden, aber tiefliegenden Augen, den großen Mund, gewölbte Stirn, kohlschwarze Brauen, das unter der Haube hervorquellende lockige Haar.

Je weiter sie schritt, um so mehr weckte eine Wallung des Blutes ihre vom Lande mitgebrachte Sehnsucht nach Glück und die Hoffnung auf Erfolg. Leichten Sinnes und unternehmend sah sie mit Freude elegant aussehende Frauen in kostbaren Mänteln promenieren, ebenso Männer, die freigebige und gütige Herren sein mußten, mit Spazierstock in der Hand oder auch wohl der Advokatenmappe unterm Arm, Blumen oder Ordenszeichen im Knopfloch. Neue, monumentale Häuser zeigten etagenweise Wohnungen mit hohen breiten Fenstern, in die hineinzusehen verteufelt interessant sein dürfte.

Paris bot einen harmlosen und gastlichen Anblick. Man belorgnettierte Sulette: besonders die Herren ließen von ihrer Neugier nicht ab, als wären sie der Ansicht, dieses junge Dienstmädchen könnte den Glanz ihres Haushaltes vollkommen machen.

Sie kam auf den Boulevard, mitten ins Marktgewühl. Die Lichter flammten in Läden, an Droschken, in Laternen vor Einbruch der Dunkelheit auf. Obgleich es Dezember war, entwickelte sich doch aus dem Getrippel, dem Lärm, dem steten Gedränge eine drückende Schwüle. Die nämliche, zugleich geheime und verabredete Sache schien jedermann zu beschäftigen, und an den Stellen, wo der Verkehr sich am meisten staute, stieg Moschusduft aus dem Wirrwarr empor.

Längs der hellerleuchteten Terrasse eines Cafés fühlte Sulette aller Blicke sich auf ihre Person, wie auf ein vorgezeigtes Versteigerungsobjekt, wenden

Eine Gegenströmung der Menge drängte sie mit in die Rue Montmartre, gerade vor ein großes rotes Schild: „Autorisiertes Dienstnachweisbureau, täglich Nachfragen". Etwa zwanzig viereckige Zettel mit der Ankündigung, daß man Dienstmädchen, Kutscher und Kammerdiener verlange, klebten da.

Das Bureau befand sich in der ersten Etage. Auf der einen Tür las man: „Eingang für die Herren Dienstgeber" und auf der andern: „Eingang für die Herren Dienstboten".

In einem Zimmer, das durch einen mit Gitter versehenen Verschlag halbiert war, sprachen die Stellungsuchenden über einen Schalter weg. Den Ellbogen auf den Schreibtisch gestützt, erwartete eine beleibte Matrone die Kundschaft. Man entrichtete zwei Frank Einschreibegebühr und gab den ersten Monat fünfzehn Frank vom Lohn ab.

Die Vermittlerin reihte Sulette sogleich unter die jungen, duldsamen und unerfahrenen Hausmädchen, welche ihre geschäftliche Klugheit in „faule Stellen" schickte, wo sie sich nicht einzuleben vermochten. Nach Ablauf einiger Wochen „fragten sie wieder am Schalter nach". Das war die ununterbrochen herumgestoßene Ware, an der man am meisten verdiente.

Man versprach Sulette die Adresse einer Stelle für den folgenden Morgen. Beim Verlassen des Nachweisbureaus amüsierte sie sich auf Kosten einer hochgewachsenen Rothaarigen, welche dem Alter nach schon als Köchin gehen konnte und die ein Gymnasiast in Internenkleidung, sie umhüpfend, mit der Brunst eines zu kleinen Hundes umwarb. Sulette aber verstand bald, daß ein Herr in schwarzem Anzug sich an ihre Fersen heftete. Ein Wagenandrang, der sie nötigte, am Rand des Trottoirs zu warten, erleichterte den Anariff.

„Schönes Wetter heute abend, Fräulein . . . Haben Sie weit zu gehen?"

Sie wich zurück und wollte stehen bleiben, bis dieser Zudringliche sich entfernte, aber jetzt führte ihr der Menschenstrom zahlreiche feingekleidete Herren entgegen, welche in schräger Richtung auf sie zukamen und ihr mit Annäherungen drohten.

Sie wechselte das Trottoir, und plötzlich fühlte sie in sich das Erwachen eines neuen Sinnes: sie erlangte dieses raffiniert-weibliche und Pariser Talent, nach der Seite zu blicken, ohne hinzuschauen, hinter ihrem Rücken den Passanten zu ahnen, der ihre Formen einer Musterung unterzog. Sie verstand auch mit Hilfe der Schaufensterscheiben seitwärts zu schielen. Unter zahlreichen Nachstellungen eilte sie, sich duckend, die Lippen zusammengepreßt, mit unter dem Tuch gefalteten Händen weiter.

Am andern Morgen bestand ihr einziges Abenteuer darin, daß beim Weggang aus dem Vermittlungsbureau ein Mann sie mit der liebevollen Absicht ansprach (während er ihr scheinbar geheimnisvoll obszöne transparente Karten anbot), daß er ihr eine großartige Stelle im Ausland oder auch leichten und angenehmen Dienst in einer Kneipe des Quartier Latin nachweisen wolle. Er verfolgte sie lange Zeit mit werberhafter Zudringlichkeit, wobei er versuchte, sie in eine Droschke zu bekommen.

Dank energischer Zurückweisung erreichte sie es, ihren Weg ruhig fortsetzen zu können; nicht ungern fühlte sie die verlangenden Blicke der auf dem Wege nach ihrem Schreibtisch begriffenen Angestellten auf sich ruhen.

In einem fünften Stockwerk der Rue des Batignolles öffnete eine bejahrte Frau, die einen tiefäugigen Mopsbastard im Arm hielt, halb ihre von einer Sicherheitskette gehaltene Tür.

„Sie kommen vom Dienstnachweisbureau?" fragte sie in mißtrauischem Tone, „reichen Sie mir den Ausweis durch die Türspalte."

Nach peinlicher Durchsicht des Scheines wurde Sulette hereingelassen und das Examen begann.

„Sind Sie wenigstens reinlich?"

„Reinlich? . . ."

„Gott, ich frage nicht, ob Sie noch ins Bett . . . Sind Ihre Eltern dick? Ich will das wissen, weil ich sehe, Sie sind mager wie ein Brett; ist das Anlage; dann hat's nichts zu sagen, aber wenn Sie ausgehungert sind, bin ich nicht gesonnen, Sie zu beherbergen, weil Sie mir sonst alle im Hause verschlängen. Und dann muß man Ausdauer bei der Arbeit haben, darf mit seinem Schweiß nicht sparen; muß nüchtern und willig sein . . . Sind Sie ein legitimes Kind? Ich möchte in meinem Hause kein Dienstmädchen von außerehelicher Geburt. Ihre Eltern sind niemals bestraft worden? Schnell, überlegen Sie wohl, selbst Ihr Vater nicht, gar nicht ein einzigesmal wegen Trunkenheit? Sie werden mir unterschriebene, beglaubigte Zeugnisse verschaffen, ebenso Atteste über Ihre Eltern, Brüder, Schwestern, wenn Sie welche haben . . . ich bin einverstanden, auf diese Urkunden zu warten, bis sie aus Ihrem Ort eintreffen."

„Madame, ich . . ."

(Fortsetzung folgt.)

Amtlicher Teil

Versammlung der Bürgerschaft

am Montag, dem 8. Oktober, abends 6 Uhr.

7138 Der Wortführer: **G. Ehlers.**

Verordnung.

Um eine Beunruhigung der Bevölkerung durch Verbreiten ungeprüfter Gerüchte zu vermeiden, befehle ich:

Ueber Unruhen im unbesetzten Kreisgebiet dürfen von der Presse keinerlei Nachrichten außer den amtlichen Mitteilungen der Militärbefehlshaber gebracht werden. Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. 9. 23 über den Ausnahmezustand bestraft. Sofortige Durchführung dieses Verbots veranlassen.

Unterzeichnet:
Der Reichswehrminister.

10/10 23. T. 1. 3. Berlin, den 1. 10. 23.

Vorstehende Verordnung bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis. Sie tritt sofort in Kraft.

Stettin, den 1. 10. 23.
Wehrkreis-Kdo. II, Abt. Ic Nr. 29/23 A. Z.

Der Inhaber der vollziehenden Gewalt.
von Tschischwitz.

Vorstehende Verordnung dem Polizeiamt mit der Bitte um sofortige Veranlassung übermittelt.

gez. **Stolz,**
7125) Oberst und Garnisonältester.

Urteil.

In der Strafsache gegen die Ehefrau Emma Wilhelmine Katharina **Benecke** geb. Möller, geboren am 2. November 1883 zu Rios, wohnhaft in Lübeck, Geverdesstraße 55, wegen Milchfälschung hat auf die von der Staatsanwaltschaft gegen das Urteil des Schöffengerichts zu Lübeck vom 19. Juli 1923 eingelegte Berufung die II. Strafkammer des Landgerichts zu Lübeck in der Sitzung vom 31. August 1923 für Recht erkannt:

Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft wird das Urteil aufgehoben.

Die Angeklagte wird wegen Vergehens nach § 10 Ziffer 1 und 2 des Gesetzes betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen vom 14. Mai 1879 in einem Falle zu einer Geldstrafe von 3 Millionen Mark verurteilt, an deren Stelle im Nichtbeitreibungsfalle für je 100 000.— Mark ein Tag Gefängnis tritt.

Der Urteilstenor ist auf Kosten der Angeklagten einmal im Lübecker Volksboten zu veröffentlichen.

Die Kosten des Verfahrens trägt die Angeklagte.

Vorstehendes Urteil ist rechtskräftig.

Lübeck, den 13. September 1923. (7126

Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.

In der am 29. 9. veröffentlichten Anzeige des Versicherungsamtes muß es unter II Absatz c heißen statt 1/5: 2/5. (7102

Öffentliche Aufforderung
zur Zahlung der Kirchensteuer für 1923
für die lutherische, katholische und reformierte Gemeinden.

Am 18/25. September 1923 haben Kirchenrat und Kirchentag übereinstimmend beschlossen:

1. Der gemeinsame Beschluß des Kirchenrates und des Kirchentages vom 10/16. August d. J., nach dem die für 1923 ausgeschriebene Kirchensteuer einstweilen in 10facher Höhe der für 1922 ursprünglich festgesetzten Einkommensteuer zur Erhebung gelangen soll, wird aufgehoben.

2. Die Kirchensteuer für 1923 wird nach dem Einkommen des Kalenderjahres 1923 erhoben.

3. Der Kirchenrat wird ermächtigt, die Höhe des als Kirchensteuer zur Erhebung kommenden Zuschlages zur Reichseinkommensteuer nach dem Bedarf des Jahres 1923 festzusetzen, wiewohl mit der Maßgabe, daß die Kirchensteuer den Satz von 10 v. H. der Reichseinkommensteuer nicht übersteigen darf.

4. Die auf Grund des Beschlusses vom 10/16. August d. J. geleisteten Kirchensteuerzahlungen werden auf die endgültige Kirchensteuerschuld für 1923 angerechnet.

5. Auf die Kirchensteuer sind sowohl von den Veranlagungspflichtigen wie auch von den Lohnsteuerpflichtigen, Vorauszahlungen zu leisten in gleichem Verhältnis und zu den gleichen Zeiträumen, wie sie von den Veranlagungspflichtigen als Vorauszahlungen auf die Reichseinkommensteuer erhoben werden.

Für die Erhebung der Vorauszahlungen der Lohn- und Gehaltsempfänger, die weniger als 400 000 Mk. Einkommen im Kalenderjahr 1922 gehabt haben, kommen die Vorschläge des Finanzamts Lübeck zur Anwendung, dahingehend, daß vorerst nur alle diejenigen Steuerpflichtigen herangezogen sind, die im Kalenderjahr 1922 mindestens 20 000 Mk. Lohnsteuer entrichtet haben und zwar derart, daß eine Gruppenbildung vorzunehmen und für jede Gruppe ein Einheitssatz festzulegen ist, wie folgt:

Gruppe I: Pflichtige mit 20 000—23 999 M. Lohnst.
" II: " " 24 000—27 999 " "
" III: " " 28 000—31 999 " "
" IV: " " 32 000—35 999 " "

Auf Gruppe I entfallende Pflichtige sind durchweg nach 20 000 M.
Auf Gruppe II entfallende Pflichtige sind durchweg nach 24 000 M.
Auf Gruppe III entfallende Pflichtige sind durchweg nach 28 000 M.
Auf Gruppe IV entfallende Pflichtige sind durchweg nach 32 000 M.
Lohnsteuer soll für 1922 zu veranlagen.

Die Eingruppierung bleibt dem Finanzamt überlassen.

Der Kirchenrat hat auf Grund des vorstehenden Beschlusses die Kirchensteuer für 1923 auf 10 vom Hundert der Reichseinkommensteuer für 1923 festgesetzt.

Lübeck, den 29. September 1923.
D. Joh. Evers.

Die gleichen Bestimmungen finden auf die Angehörigen der römisch-katholischen Kirche und der evangelisch-reformierten Gemeinde Anwendung, da sich die Vorstände dieser Religionsgesellschaften dem Beschluß des Kirchenrates angeschlossen haben.

Die Angehörigen der drei vorgenannten Kirchen werden aufgefordert, zugleich mit der am 5. Oktober 1923 fälligen Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer 1923 auch die Vorauszahlung auf die Kirchensteuer 1923 an die Finanzkasse, hier, Fleischhauerstraße 20, zu entrichten.

Die Kirchensteuervorauszahlung beträgt **10 vom Hundert** der am 5. Oktober 1923 fälligen Einkommensteuervorauszahlung.

Wird die Zahlung nicht pünktlich geleistet, so erfolgt Aufwertung, und zwar unter Anwendung des Goldumrechnungssatzes, der für die Landabgabe maßgebend ist; mindestens sind jedoch 10 vom Hundert des ursprünglichen Papiermarkbetrages als Zuschlag zu zahlen.

Den Zahlungspflichtigen wird eine Benachrichtigung über die Höhe der von ihnen zu entrichtenden Zahlungen zugehen, jedoch ist jeder Steuerpflichtige verpflichtet, **auch ohne Empfang** einer solchen Benachrichtigung die von ihm geschuldeten Beträge pünktlich zu entrichten.

Besonderes gilt für die dem Steuerabzug vom Arbeitslohn unterliegenden Pflichtigen, welche im Kalenderjahr 1922 ein Einkommen von **unter** 400 000 Mk. gehabt haben. Sie werden erst im Laufe des Monats Oktober 1923 besondere Bescheide über die Höhe der Kirchensteuervorauszahlung zugestellt erhalten. Falls sie binnen einer Woche nach Zustellung des Bescheides die Kirchensteuervorauszahlung entrichten, findet auf diese Zahlung die Aufwertung nach dem Goldumrechnungssatz nicht statt und werden auch Zinsen oder Zuschläge nicht erhoben.

Lübeck, den 1. Oktober 1923. (7131

Das Finanzamt.

Allg. Ortskrankenkasse f. d. Fürstentum Lübeck.

Eutin, den 1. Oktober 1923.

Mit Wirkung vom **27. September d. J.** hat der Kassenvorstand folgende Lohnstufen festgesetzt:

Lohnstufe	Arbeitsverdienst in Millionen Mark für den Kalendertag	für die Woche	für den Monat	Grundlohn in Millionen Mark	Tagesbeitrag in Millionen Mark
	bis einschließlich				
a	Lehrlinge ohne Entgelt			8	0,8
I	15	105	450	12	1,2
II	30	210	900	21	2,1
III	50	350	1 500	39	3,9
IV	90	630	2 700	69	6,9
V	120	840	3 600	105	10,5
VI	150	1 050	4 500	135	13,5
VII	240	1 680	7 200	195	19,5
VIII	360	2 520	10 800	300	30
IX	500	3 500	15 000	420	42

Die Arbeitgeber werden ersucht, die zur Berechnung der Beiträge und Einteilung in die Lohnstufen erforderlichen Lohnangaben bis zum 20. Oktober d. Js. zu machen.

Bei Unterlassung der Meldung erfolgt die Zuteilung zu den neuen Lohnstufen durch die Kasse mit ihren weiteren gesetzlichen Folgen. (7112

Zuwiderhandlungen sind nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung mit Strafe bedroht. **Der Vorstand. H. Steenbock.**

Höchstpreis
für Vollmilch
ab 3. Oktober 1923.
M. 7 400 000.— je Liter.
Lübeck, d. 2. Oktbr. 1923.
Das Landesversorgungsamt.
7134)

Ehefrau Dorothea **Moser** geb. Matschulat, Barkau, vertreten durch Rechtsanwalt Behrmann, Schwartau, klagt gegen Ehemann Zimmermann Franz Moser, früher Barkau, mit Antrag, Ehe der Parteien zu scheiden und Beklagten für schuldig zu erklären. Klägerin ladet Beklagten zur mündlichen Verhandlung vor Landgericht, Zivilkammer II, Lübeck, auf 3. Dezember 1923, morgens 10 Uhr, mit Aufforderung, einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt zu seinem Vertreter zu bestellen. Lübeck, 28. September 1923. Gerichtsschreiber des Landgerichts 7107)

Nichtamtlicher Teil

Für die vielen Aufmerksamkeiten und Geschenke zur Vermählung danken herzlichst. (7122
Aug. Wulff und Frau Elly, geb. Westphal.

Nachruf.
Am 29. Sept. verstarb nach kurzer Krankheit uns. liebe Tochter (7116
WALLI.
Dies zeigen tieftrauernd an
H. Kölzow u. Frau
nebst Angehörigen.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, 3. Okt., nachm. 4 Uhr, vom Trauerhause, Kücknitz 168 aus statt

Zentralverband der Zimmerer.
Zahlstelle Lübeck.
Am 29. September starb unser langjähriges Mitglied
Wilhelm Schröder
Ehre seinem Andenken. (7130
Die Beerdigung findet am Mittwoch, 3. Oktober, nachm. 3 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.
Der Vorstand.

Ordentliches sauberes
Tagesmädchen
gesucht (7103
Hermberg, Tremsbüttel.

Empfangsdame
zu pri. ges. Nur schriftl. Bewerbg. an Zahnärzte **Dr. Rothschild u. Nathan,** Johannisstr. 14. (7110

Ein möbl. Zimmer
an sol. Handwerker zu vermieten. (7129
Johannisstraße 9, III.

Zu verkaufen eine gut erhalt. Kinderbettstelle mit Matratze. (7101
Kottwitzstraße 42, II, l.

6 Zentner gelbkochende Industrie-Kartoffeln zu verkaufen. (7113
Dankwartsgrube 5.

Billig zu verkauf. sehr guter Schäferhund, 1 J., und H.-Stiefel 42 u. 43. Zu bes. nach 6 Uhr.
Gr. Vogelsang 13 a, 1.

1 P. K.-Stiefel, Gr. 22 zu verkaufen. (7128
Moorkerkestr. 20, III, l.

Gestr. Winter-Joppe, Rock u. Weste für 13- bis 14jähr. Knaben zu verk. 7117) Georgstr. 28, p.

9 Zugänger
zu verkaufen. (7132
Schultz, Arnimstr. 7.

Säcke zu kauf. gesucht. Ang. u. **G 326** a. d. E. (7109

Truhe u. Tisch gesucht. Ang. u. **G 327** a. d. E. (7123

G. K.-Stiefel f. 6jähr. Kind gegen s. für 4jähr. zu tauschen gesucht. 7127) Adlerstr. 39 b.

Land, 34 Ruten b. Streckniß geg. ca. 20 Ruten auf Marli zu tausch. gesucht. Ang. Chaisenstr. 7, p. (7120

Verloren e. künstliches Gebiß. Abz. geg. Belohn. Näh. i. d. Exp. d. Bl. (7119

Der Abendkursus in der Buchhaltung beginnt am Dienstag, d. 9. Okt. 7½ Uhr. (7095
Karl Hinzpeter
Moltkestr. 5.

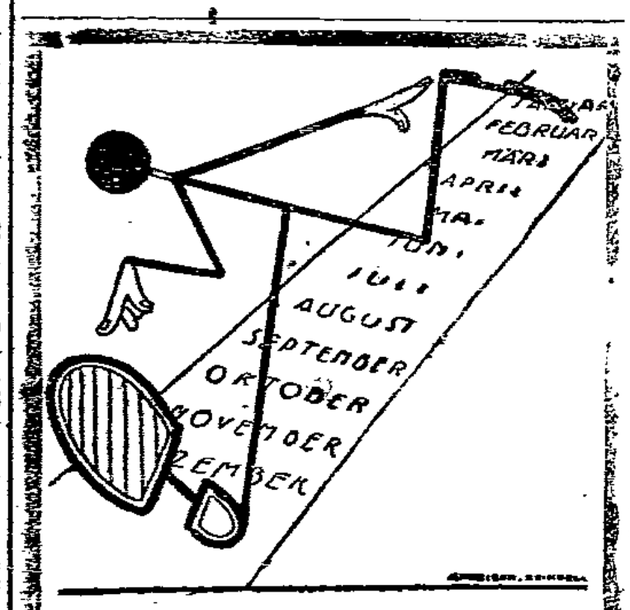
Dr. Leonhardt jun.
zurück. (7118

Sämtliche Sorten
Felle und Haare
kaufen höchstzahlend
Gebr. Wagner,
Tel. 3414
Dankwartsgrube 26, Hüxstr. 8.

Trotz der hohen Kurse
verkaufe ich noch zu billigen Preisen:
Herren-Anzüge
850, 1500 Millionen und besser.
Damen-Mäntel
200, 500 bis **1500** Millionen.
Damen-Kleider
200 und **580** Millionen.
Strickjacken . . . . sehr billig.
Lodenjoppen . . **390** Millionen
Berufskleidung
und **Meterware** sehr preiswert. (7124
Franz Wehrendt
Kaufhaus Balauerfohr 35.

Achtung!
Unter der Leitung des Herrn **Albert Koch** habe ich im Hause desselben
Obertrave 10, Fernspr. 419
eine weitere Kleinhandels-Abteilung eröffnet.
Spezialitäten: **Milch in Dosen, Butter, Margarine, Wurst-, Fleisch- und Gemüsekonserven, Marmelade u. a. m.**
Robert Erasmi,
Nahrungsmittel-Großhandel, (7105
Johannisstr. 34. Telephon 2969.

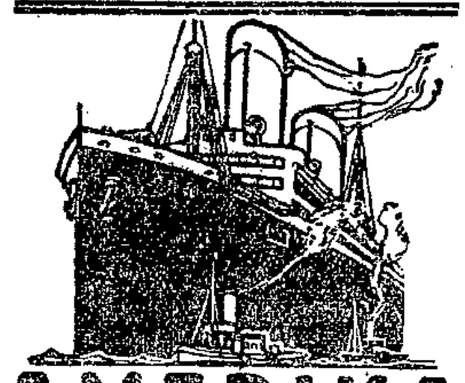
Markenfreies Landbrot u. reines Schweineschmalz
stets zu billigsten Tagespreisen (7104
an der Mauer 28.



Monatelang
laufen Sie auf
Leder- und Gummisohlen und Absätzen
der
Reform-Schuhwaren-Reparatur und Stepperei
50 Hüxstraße **50**
Robert Jentzen,
Leder- und Schuhmacher-Bedarfsartikel.
Fernsprecher 2878.

2 Waggon (7135
Ia. Zwetschen
Mittwoch und Donnerstag unterhalb Braunstr.
Händler und Großverbraucher Preisermäßigung.

BREMEN



AMERIKA
OSTASIEN
AUSTRALIEN
Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung u. Verpflegung f. Reisende aller Klassen
Reisegepäck-Versicherung
Nähere Auskunft durch
NORDDEUTSCHER LLOYD
BREMEN
und seine Vertretungen
in Lübeck: **C. F. Schütt & Co.,** Untertrave 12/13. (7096
Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs, e. V. Fahrkartenausgabestelle u. Reisebureau des Norddeutschen Lloyd, Mengstr. 4 Buddenbrookhaus.
in Hamburg: **Norddeutscher Lloyd Generalvertretung: Wilhelm Lazarus,** Bergstraße 11, (Haus Commeter).

Kolosseum
Morgen Mittwoch
Gross. Ball
Kassenöffnung 6½ Uhr. (7097
Joh. und R. Mittag.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck
(7077
Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, dem 2. Okt. abends 7½ Uhr
bei **Lender,** Hundestr. 41.
Tagesordnung:
1. Bericht von den Bezirksverhandlungen.
2. Bericht vom Ortsausschuß.
3. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband.
(7064
Versammlung
sämtlicher Mitglieder
am Dienstag, d. 2. Okt. abends 7½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Die Ortsverwaltung.

Anzeigen,
die in der an dem betr. Tage erscheinenden Nummer des **„Lübecker Volksboten"** veröffentlicht werden sollen, müssen **bis 10 Uhr vormittags** in unserer Geschäftsstelle aufgeliefert sein; größere Anzeigen erbitten wir tags vorher.
Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten.
Johannisstr. 46.

Fledermaus.
8 Uhr.
7098)

Trocadero.
Schüsselbud. 4. F. 787
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Stimmungs-Konzerte.
7068

Hansa-Theater.
Täglich 7½ Uhr abends
Der große Lacherfolg
Der Gaukler-König.
7115
Operette in 3 Akten von Jean Gilbert.
Donnerstag, 7½ Uhr:
Der Fürst von Pappenheim.

Volksbühne zu Lübeck e. V.
Der Vorstellungsbeitrag beträgt ab 6. Oktober 15 Millionen. Mitglieder, die aus Anlaß der Erhöhung austreten wollen, werden in ihrem eigenen Interesse gebeten, ihre Jahreskarten bis spätestens Donnerstag, dem 4. d. Mts., im Sekretariat, Johannisstr. 48, I., abzugeben. (7114

Stadttheater Lübeck.
Mittwoch, 7.30 Uhr: **Marquis v. Keith.**
Donnerstag, 7.30 Uhr: **Rheingold.** Alberich Herr Guttmann, Stadttheater Hamburg. (7108

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Dienstag, 2. Oktober 1923. Nummer 230.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 2. Oktober.

Die Armen.

Sie sind so, diese armen Herzen,
ganz ausgehöhlt von stummen Schmerzen,
blaß und wie Teiche voll Gewürme:
rings Leichensteine.

Sie sind so, diese armen Rücken,
verkrümmt vom Tragen und vom Bücken,
krummer als auf den Dünenhütten
die Dachschütten.

Sie sind so, diese armen Hände,
zittrig wie Gräser im Gelände,
wie dürre Gräser, die zittern
von nahen Gewittern.

Sie sind so, diese armen Augen,
die nur zu Dienst und Demut taugen,
trauervoller als die von Tieren,
wenn sie nach Freiheit stieren.

So sind sie, diese armen Leute;
dem Elend fallen sie zur Beute
mit lammgeduldiger Gebärde,
rings auf der freien Flur der Erde.

Richard Dehmel.

Aus der Bürgerschaft.

Seid umschlungen, Billionen. — Vom Steuerzahlen. — Schulfragen. — Herrn Hofmeisters Befinden. — Belagerungszustand.

Am Montag wurde in der Bürgerschaft das Redewort wahrgemacht, daß Zeit Geld ist. Alle Redner befleißigten sich anerkennenswerter Kürze, und so wurden die inhaltreichen Vorlagen, die schon in den Fraktionen reiflich beraten waren, im Handstreich erledigt. Das liebe Geld spielte trotz seiner Wertlosigkeit eine große Rolle. Der Senatskommissar verlas die schwindelnde Zahl von 87 Billionen, die der Staat zur Neuregelung der Beamtengehälter vom September bis März braucht. Heute steht der Dollar auf über 300; wer weiß, in welch astronomische Zahl sich diese Summe bis zum neuen Frühlingswehen noch verwandelt!

Daß das immer größer werdende Loch im Staatssäckel aber einigermaßen gestopft werden muß, wenn wir nicht von der Papierflut rettungslos verschlungen werden wollen, darüber sind sich so ziemlich alle einig. So wurde denn auch die Gewerbesteuervorlage angenommen. Nur der Eigenbrötler Rosenquist stemmte sich dagegen. Es ist wohl wahr: manchem kleinen Handwerker oder Geschäftsmann geht es heute etwas an die Nieren. Aber erging es dem Arbeiter, der die Steuer seit Jahren wertbeständig bezahlt, denn anders? Er rutschte immer tiefer in den Sumpf, derweil lange Zeit sich die heute Beklagenden sehr wohl dabei befanden. Wäre nach dieser, in der lübeckischen Presse offen zugestandenen Tatsache von jedem dem Staate das Erforderliche gewährt worden, mancher Posten stünde heute nicht auf der Schuldenseite. — Herr Wandke von den Demokraten forderte eine Aenderung der Betriebssteuer; wie sie heute bestehe, befördere sie nur die Arbeitslosigkeit. Damit wird bestätigt, was wir so oft betonten, daß sich mancher Unternehmer nicht allein aus Not, sondern aus Abneigung vom Steuerzahlen drückt, auf Kosten der Arbeiter und des Reiches.

Die Ueberführung dreier Gewerbelehrerstellen in das Beamtenverhältnis wurde abgelehnt. Der sozialdemokratischen Fraktion wird es nicht leicht, gerade der Schule etwas zu verweigern, wo die Söhne der Arbeiterschaft vorzugsweise sitzen. Doch der Knüppel liegt beim Hund. Böse Absichten leiteten sie nicht bei der Ablehnung der Vorlage, sondern harte Notwendigkeit. Das brachte Genosse Haut deutlich zum Ausdruck. Wo heute täglich Hunderte von Arbeitern aufs Pflaster fliegen, da müssen auch einmal Angestellte mit Anspruch auf Einreihung in die Beamtenkategorie etwas Geduld zeigen.

Zwei wichtige Punkte streifte Genosse Dreger: einmal erkundigte er sich nach dem Befinden des militaristischen Allüren verfallenen, ewig kranken, auf Kosten des Staates spazierengehenden und Versammlungen abhaltenden Oberlehrers Dr. Hofmeister und forderte, dem Herrn ernstlich begreiflich zu machen, daß der Staat nicht zum Verulken da ist. Der Senat resp. die Oberschulbehörde wird dem Mann mit der eigenen Courage den Standpunkt klarmachen. Zum anderen beleuchtete unser Fraktionsredner das schöne Verhalten der Gesellschaft zur Bef. gem. Tätigkeit, die vom Staate immer fordert und im eigenen Lichte glänzen will, die beste Einnahmequelle — die Spar- und Anleihekasse — aber für sich behält. Nicht nur Adel verpflichtet!

Zwei Anträge zugunsten der Erwerbslosen wurden sofort dem Senat überwiesen. — Etwas stark verschnupft waren die Kommunisten, weil ihr Antrag um Aufhebung des Belagerungszustandes weder dringlich noch auf dem üblichen Wege weitergeleitet wurde. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß wir von diesem Eingriff in die Volksrechte begeistert sind. In der Not ist das kleinere Uebel aber immer noch besser als das Chaos.

Am nächsten Montag wird die Entscheidung über den Konflikt mit dem Senat fallen. Die zweite Lesung der Verfassungsänderung steht auf der Tagesordnung.

Lohnsteuer-Arbeitgeberabgabe. Vom Finanzamt wird uns geschrieben: Von den Arbeitgebern wurde bisher vielfach bei den Abschlags- bezw. Vorschußzahlungen an ihre Arbeitnehmer, soweit der Lohn monatlich bezahlt wurde, der 10prozentige Steuerabzug nicht berücksichtigt, sondern die Steuer erst bei der Abrechnung am Ende des Monats abgezogen. Dieses Verfahren ist unzulässig. Auch die während des Monats geleisteten Teilzahlungen stellen Arbeitslohn für geleistete Arbeit dar. Es ist deshalb auch für diese Zahlungen die Lohnsteuer einzubehalten und zu den jeweiligen Terminen in Verbindung mit der Arbeitgeberabgabe an das Finanzamt abzuführen. Auf die Fälligkeitstermine am 5., 15. und 25. jed. Mts. wird nochmals aufmerksam gemacht.

Gefaßte Diebe. Vor einigen Tagen wurden der Prokurist sowie der Lagermeister einer hiesigen Fahrrad-Großhandlung in Haft genommen, weil sie zahlreicher Diebstähle von Waren im Werte von zirka 200 Milliarden überführt wurden. Der Prokurist hatte die Absicht, sich am 1. Oktober selbständig zu machen und wollte sich durch die Schiebungen, die er mit Hilfe des Lagermeisters seit Monaten ausgeführt hatte, Betriebskapital verschaffen. Der größte Teil der verschobenen Waren konnte sichergestellt werden, so daß der betreffenden Firma kein allzu großer Schaden erwachsen ist. Schon seit Jahr und Tag fanden kleinere und größere Diebstähle bei genannter Firma statt. Nunmehr dürfte auch der wahre Täter für die fraglichen Diebstähle ermittelt sein.

Große Erhöhung der Milchpreise.

Die Hamburger Notierungskommissionen haben den Butterpreis auf **74 Millionen**, den für Milch auf **8,7 Millionen Mark** festgesetzt. Begründet wird diese gewaltige Verteuerung durch die Geldentwertung und Frachtsteigerung. In Lübeck kostet die Milch **7,4 Millionen Mark.**

Lübecker Teuerungsziffern.

Den Berechnungen des Statistischen Landesamtes liegt die vom Reich nach Art und Menge einheitlich festgesetzte Normalration von Lebensbedürfnissen für den vierwöchigen Bedarf einer fünfköpfigen Familie zugrunde. Die Teuerungszahl selber stellt die Geldmenge dar, die zur Beschaffung dieser Lebensbedürfnisse erforderlich ist. Die Indexziffer dagegen gibt den Grad der Teuerung an, d. h. um wieviel zurzeit der Kostenbetrag für die vorgenannte Normalration höher ist als im Durchschnitt der Jahre 1913/14.

Die auf Grund der Preisermittelung vom 1. Oktober 1923 berechneten Teuerungsziffern stellen sich folgendermaßen:

	Teuerungszahl Mark	Indexziffer (1913/14=1)
Ernährung	2 216 378 947	40 430 116
Heizung	514 434 000	92 027 549
Beleuchtung	112 500 000	53 317 536
Wohnung	59 775 125	3 320 840
Bekleidung	777 153 846	58 476 587
Lebenshaltungskosten		
ohne Bekleidung	2 903 088 072	36 054 248
mit „	3 680 241 918	39 230 806

Die Steigerung gegenüber der Vorwoche beträgt für die gesamten Lebenshaltungskosten in Lübeck 43,0 Prozent und für die ohne Bekleidung 43,9 Prozent.

Hypotheken-Einigungsamt.

In Hypothekenangelegenheiten ist der 1. Oktober ds Js. ein besonders kritischer Tag. Da jetzt viele Hypotheken zur Auszahlung kommen, handelt es sich um die Frage, ob die Hypothekenbeträge in Papiergeld zum Nennwert oder ganz oder annähernd zum Kurswert zu zahlen sind, mit anderen Worten, ob nicht der Geldentwertung entsprechend mehr zu zahlen ist.

Bisher haben die Gerichte, auf deren Urteil es im Streitfall ja immer ankommt, mit wenigen Ausnahmen den Standpunkt vertreten, daß Mark gleich Mark sei, das in Goldmark hingegebene Darlehen mit — entwertetem — Papiergeld in gleichem Betrage zurückgezahlt werden können. Dieser Standpunkt ist neuerdings mit gewichtigen Gründen angegriffen worden und es ist immerhin damit zu rechnen, daß immer mehr Gerichte zu der Meinung kommen werden, daß eine Leistung nach dem bloßen Nennbetrag grundsätzlich nicht als Erfüllung gelten kann, daß vielmehr alle Geldschulden zu tilgen sind mit dem Betrage, der denselben Kurswert hat, wie der bei Eingehung des Darlehnsvertrages bestimmte Nennbetrag, daß also Geldschulden in Geld von derselben Kaufkraft zu begleichen sind. Dabei sollen dann die wirtschaftlichen Verhältnisse des Gläubigers wie des Schuldners in jedem Falle berücksichtigt und eventuell ein Unterschied gemacht werden, je nachdem ob der Gläubiger oder der Schuldner gekündigt hat, sodaß in dem einen Falle der Gläubiger einen verhältnismäßigen Anteil des jetzigen Grundstückspreises, wie er durch Schätzung zu ermitteln wäre, im anderen Falle, daß nämlich der Schuldner gekündigt hätte, den Geldwert erhielte.

Unter diesen Umständen dürfte, da die Prozesse heutzutage sehr kostspielig sind, und die Entscheidung des Gerichts ungewiß ist, eine gütliche Einigung zwischen Gläubiger und Schuldner über die Höhe des zu zahlenden Betrages besonders zu empfehlen sein. Im Bewußtsein der Wichtigkeit dieser Frage beabsichtigt das Wohlfahrtsamt, in der nächsten Zeit ein Hypotheken-Einigungsamt einzurichten, das nach Art der Miet- und Pachteinigungsämter versuchen wird, zwischen Gläubigern und Schuldnern zu vermitteln. Anträge darauf können schon jetzt bei der Rechtsauskunftsstelle im Wohlfahrtsamt gestellt werden.

Das sagt ein General.

In der „Vossischen Zeitung" zieht General der Infanterie v. Deimlings gegen die nationalistischen Kriegshetzer also vom Leder:

„Es gibt — so unglaublich es klingt — immer noch Stimmen, die zur Führung des wirklichen Krieges gegen Frankreich auffordern. Ja, womit sollen wir den Krieg denn führen, wenn ich fragen darf? Wir haben ja keine Kampfmittel mehr, keine Flieger, keine Tanks, keine schweren Kanonen und noch vieles andere nicht, was zur Führung des modernen Krieges unentbehrlich ist. Fangt nur einmal den Krieg an, er wird sich nach den Erfahrungen der Kriegsgeschichte schon von selbst ernähren, stand kürzlich in einer Zeitung zu lesen. Das ist aber ein schlechter Trost; denn der moderne Krieg ernährt sich keineswegs durch sich selbst, namentlich dann nicht, wenn er im eigenen Lande ausgekämpft werden muß. Und das müßte er; denn Deutschland würde der Kriegsschauplatz werden. Die feindlichen Flieger würden unsere Städte in Trümmer legen; die Große Entente käme von Westen, die Kleine Entente von Osten, Herr Mussolini von Süden, und die englische Flotte würde unsere Häfen blockieren. Es würde ein Wurstkessel werden, wie ihn die Weltgeschichte noch nicht erlebt hat."

So einleuchtend das alles ist, auf unsere vom Wahnsinn befallenen Nationalisten wird es ohne Einfluß bleiben.

Silberankaufspreis. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbankanstalten findet vom 1. Oktober 1923 ab bis auf weiteres zum 15 000 000 fachen Betrage des Nennwertes statt

Die Baupreis-Richtzahl für Lübeck ist nach einer uns von der Lübecker Brandkasse gewordenen Mitteilung von 2 560 000 im September auf 64,5 Millionen am 1. Oktober gestiegen.

Nächste Abfahrten der Hamburg-Amerika-Linie. Nach Neuyork: D. Reliance 2. 10., D. Thuringia 4. 10., D. Hansa 11. 10., D. Resolute 16. 10., D. Cleveland 21. 10., D. Westphalia 25. 10. Westküste Nordamerika: M. S. Osiris 6. 10., D. Sachsen 27. 10., M. S. Isis. 17. 11. Nach Boston, Baltimore, Norfolk: D. Bayern 13. 10. Hamburg—Cuba—Mexiko: D. Toledo 20. 10., D. Idarwald 3. 11., D. Hosatia 21. 11. Hamburg—Westindien: D. Eupatoria 13. 10. Hamburg—Südamerika, La-Plata-Dienst: Dampfer Württemberg 17. 10. D. Sachsenwald 29. 10., D. Antiochia 6. 11., D. Teutonia 8. 11. Brasil-Dienst: D. Steigerwald 10. 10. Hamburg—Ostasien: D. Preußen 6. 10., Engl. D. City of Paris 13. 10., D. Schlesien 20. 10., Engl. D. . . . 27. 10., M. S. Rheinland 3. 11.

Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 1. Oktober.

Wortführer: G. Ehlers. Beginn: 6,15 Uhr.

Die Kommunisten bringen einen dringlichen Antrag ein, in dem der Ausnahmezustand als ein verbrecherischer Anschlag auf das Leben der arbeitenden Bevölkerung und des Mittelstandes bezeichnet und dessen sofortige Aufhebung bei der Reichsregierung gefordert wird. — Die Dringlichkeit des Antrages wird abgelehnt. — Der Senat gibt bekannt, daß die neue Gehaltsregelung der Beamten vom 24. September bis März kommenden Jahres 87 Billionen erfordere.

Nachtrag zum Gewerbesteuergesetz (2. Lesung). — Senator Dr. Vermehren erklärt, der Senat sei dem Antrag der Bürgerschaft, die Steuer auf 10 000 Einheiten zu erhöhen, beigetreten. Die Steuersätze sollen nach oben auf 1 Million abgerundet werden. Der Senator gibt ferner eine erläuternde Berichtigung über seine Ausführungen zur Steuerberechnung in der letzten Sitzung. Die Geldentwertung sei so stark gewesen, daß die Steuer doch getragen werden könne. — Ewers (DV.) betont, seine Fraktion habe Bedenken über die Höhe der Steuer, stimme aber im Interesse der Staatsfinanzen dem Antrage zu. — Wandke (Dem.) erklärt, seine Fraktion nehme zu der Gewerbesteuer einen anderen Standpunkt ein, sei aber in Anbetracht der mißlichen Finanzlage bereit, dem Staate die Mittel zuzuführen. Der Redner wendet sich ferner gegen die Betriebssteuer, die sehr viele Arbeiterentlassungen zur Folge gehabt habe. Lübeck müsse beim Reich für eine Aenderung dieser Steuer eintreten. — Rosenquist (Arbg.) bedauert die Stellungnahme der Parteien zu der Steuervorlage. Der Handwerker werde dadurch völlig ruiniert und müsse die Arbeiter entlassen. — Die Senatsvorlage wird mit den Abänderungen angenommen: Nach Annahme der Vorlage treten an die Stelle der Absätze 4, 5 und 6 des § 7 nachstehende Bestimmungen: „Für das Steuerjahr 1923 werden 10 000 Einheiten erhoben. Für die Steuerpflichtigen, deren Geschäfts-(Betriebs-)jahr nicht mit dem Kalenderjahre übereinstimmt, wird die Anzahl der zu erhebenden Einheiten, wie folgt, festgesetzt:

beim Abschluß des Geschäfts-(Betriebs-)jahres

im Januar 1923	auf 6000 Einheiten
im Februar, März und April 1923	auf 2500 Einheiten
im Mai 1923	auf 2000 Einheiten
im Juni 1923	auf 750 Einheiten
im Juli 1923	auf 150 Einheiten
im August 1923	auf 15 Einheiten

Von Steuerpflichtigen, deren Geschäfts-(Berichts-)jahr erst nach dem 31. August 1923 abschließt, wird nur der Einheitssatz erhoben. Von Steuerpflichtigen, deren Steuerpflicht erst nach dem Beginn des Kalenderjahres 1923 begonnen hat und die gemäß § 13 Abs. 2 zu veranlagen sind, werden 10 Einheiten erhoben. Würde der Steuerpflichtige bei der Entrichtung der Steuer weniger von seinem Ertrage übrig behalten, als ihm infolge der verschiedenen Steuersätze bei einem geringeren Ertrage verblieben wäre, so wird die Steuer nur soweit erhoben, als die erwähnte Folge nicht eintritt. Steuerbeträge von 500 000 Mk. und darüber werden auf 1 000 000 Mk. nach oben abgerundet, Beträge unter 500 000 Mk. sollen wegfallen.

Einführung einer Fahrzeugsteuer. — Eckholt (Dem.) beantragt Ueberweisung an den Haushaltsausschuß. Der Antrag wird abgelehnt, der Senatsantrag mit einfacher Mehrheit angenommen.

Schaffung von drei Gewerbelehrerstellen an der Gewerbeschule. — Haut (Soz.) wendet sich in Anbetracht der Finanzen gegen die Vorlage. Die dort notwendigen Lehrer versage man der Schule nicht. Sie seien da, allerdings vorläufig nur Angestellte. — Senator Dr. Vermehren tritt für die Bewilligung ein. Es bedürfe weiterer Kräfte für die Gewerbeschule. Dies habe selbst der Vereinfachungsausschuß zugegeben. Bis zum nächsten Winter seien mit 95 Ueberstunden zu rechnen, und die Seefahrtsschule fordere die beiden überwiesenen Lehrkräfte zurück. Dadurch würden noch 75 Pflichtstunden unbesetzt. Für tüchtige Leute müsse die Möglichkeit bestehen, in Beamtenstellen einzurücken. — Wandke (Dem.) sieht in der Haltung der soz. Fraktion eine Inkonsequenz. Sie habe vielfach Beschwerden über die Gewerbeschule vorgebracht. Diese hätten aus dem Lehrermangel resultiert. Bei Aufhebung der Baugewerkschule habe man gesagt, man werde sich jetzt mehr für die Gewerbeschule einsetzen. — Haut (Soz.) hält den Grund über die finanzielle Lage des Staates für die Ablehnung der Vorlage als maßgebend. Auch andere notwendige Beamtenstellen mußten schon abgelehnt werden. Wer von den Lehrern glaubt, nicht bleiben zu können, falls seine definitive Anstellung nicht erfolgt, muß eben gehen. Wir verweigern der Schule nicht die Lehrkräfte, aber wir wehren uns gegen die Schaffung von Beamtenstellen solange, bis wir wieder bessere finanzielle Zustände haben. Gegen die Errichtung der Meisterkurse wenden wir uns absolut nicht. — Nickel (Komm.) tritt für die Vorlage ein. — Der Senatsantrag wird abgelehnt.

Festsetzung der Straßen- und Baufluchtlinien an den Torstraßen. — Wandke (Dem.) läßt sich über die neuerlich eingeführte Konstruktion des sog. Lamellendaches aus. Sie sei wohl billiger, aber durchaus nicht zu empfehlen. — Der Senatsantrag wird angenommen.

Nachbewilligung eines Fehlbetrages für die frühere von Großheimsche Realschule. — Dreger (Soz.) fragt, was der Senat zu tun gedenke, um dem Hofmeisterskandal zu unterdrücken. Wenn dieser Mann ständig Versammlungen abhalten könne, sei er auch in der Lage Schuldienst zu tun, andernfalls müsse er eben in Pension geschickt werden. Den jetzigen Zustand lasse sich die soz. Fraktion nicht länger gefallen. Weiter fragt der Redner, wie weit der Senat dem Wunsche der Bürgerschaft nachgekommen sei, dem Ausschuß für die Vereinfachung der Verwaltung die Befugnisse zu geben, die er im Interesse des Staatshaushaltes gebrauche. — Senator Dr. Vermehren erwidert zum Fall Hofmeister, daß dieser der neuen staatlichen Lehranstalt überwiesen worden, aber dienstunfähig sei. Die Aerzte hätten ihm bescheinigt, daß er einer Ruhepause bedürfe. Diese sei Hofmeister in ausreichendem Maße gewährt worden. Nun werde unbedingt gefordert, daß er wieder Dienst tue. Geschehe dies nicht, müsse er pensioniert werden. Zu der von Herrn Dreger angeführten Forderung über die Vereinfachung habe der Senat nicht endgültig

Stellung nehmen können. — Der Senatsantrag wird angenommen.

Erlaß eines Nachtrages zu der Ordnung für die Baubehörde vom 7. November 1917 sowie eines siebenten Nachtrages zu dem Gesetz vom 28. Januar 1914, die Rechtsverhältnisse der Beamten betreffend. — Dr. Pieth (Soz.) betont, diese Vorlage schließe eine Halbheit in sich. Manche Beamten leisteten Nebenarbeit in erheblichem Sinne. Seine Fraktion fordere Nachprüfung, insbesondere auch über Unterhaltung von Pensionaten und Erteilung von Nachhilfestunden gewisser Beamter. — Die Vorlage wird einem 9gliederigen Ausschuß überwiesen.

Neuregelung der Pflichtstundenzahl der Lehrkräfte sowie der Vergütung für Ueber-, Vertretungs- und Nebenstunden an den öffentlichen Schulen. — Frl. Koltze (DN.) bemängelt die geringe Vergütung für Ueberstunden. Am besten wäre es, die Ueberstundenzahl würde bedeutend beschränkt. — Dr. Pieth (Soz.) bedauert die gehaltlose Antwort des Senats auf die Anträge über die Schülerbüchereien und insbesondere über deren Katalogisierung. Der Redner fragt, wann endlich eine positive Antwort der Oberschulbehörde zu erwarten sei? — Senator Dr. Vermehren erklärt, die Oberschulbehörde habe die betr. Anweisungen verteilt, die Antworten liefen jetzt allmählich ein. — Der Senatsantrag wird angenommen.

Pastor Stahlschmidt (DV.) beantragt, den Senat zu ersuchen, daß die Erwerbslosen zu verschiedenen Tageszeiten zur Abstempelung nach dem Arbeitsamt gehen können und daß ihnen Wärmeräume angewiesen werden. — Grabner ersucht, den deutschen Gesandten anzuweisen, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, nach Möglichkeit Arbeitsgelegenheit zu schaffen und möglichst sofort Kanal- und Chausseebauten sowie Moorkulturen in Angriff zu nehmen. — Beide Ersuchen werden sofort dem Senat überwiesen.

Der Architekt Scharnweber ersucht im Auftrage von Ernst Robert um einen Baukostenzuschuß für die Herrichtung der Fassade an dem Hause in der Breiten Straße.

Erlaß von Nachträgen zum Lübeckischen Gerichtskostengesetz und zur Gebührenordnung für Notare sowie eines Gesetzes über die Anpassung der Gebühren nach dem Lübeckischen Gerichtskostengesetz u. w. d. a. an die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse. — Dr. Haun (Soz.) bezeichnet die Vorlage als mangelhaft und schlecht. Deren Druck sei eine Verschwendung von Staatsmitteln. Die Gebühren seien so lächerlich gering, daß sie die Hebungskosten nicht einbringen. Ausschußberatung sei notwendig. Dieser müsse sofort unter Zuziehung von Gerichtspersonen tagen. — Senator Dr. Stooß erklärt, die Vorlage sei im Juli nach den preußischen Vorschriften bearbeitet. — Ewers (DV.): Es sind alle Instanzen einig, daß die Vorlage unzulänglich ist. Es geht nicht mehr an, sich immer nach Preußen zu richten. Ein gleitender Mindestsatz muß eingeführt werden. Der Redner kündigt eine Reihe Abänderungsanträge für den Ausschuß an. — Die Ausschußberatung wird beschlossen.

Staatsseitige Uebernahme der Kosten für die Verwaltung der Museen. — Dreger (Soz.) fragt, wie weit die Uebernahme der Spar- und Anleihekasse auf den Staat gediehen sei. Die Gemeinnützige Gesellschaft ziehe vom Staate Geld und behalte dieses einzige lukrative Geschäft für sich. — Senator Epens: Die Gesellschaft lehnt eine Uebergabe an den Staat ab. — Dreger (Soz.) erklärt, nach dieser Auskunft des Senates werde seine Fraktion in Zukunft jede einzelne Ausgabe für die Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit besonders ansehen. — Die Senatsvorlage wird angenommen.

Ohne Debatte werden folgende Anträge angenommen: **Nachtrag zum Gesetz über die Erhebung eines Kammerbeitrages. Aufhebung des Wertzuwachssteuergesetzes und die Erhöhung des Zuschlages zur Grunderwerbsteuer. Erlaß eines Nachtrages zur Hinterlegungsordnung vom 29. März 1899. Erlaß von Nachträgen zum Lübeckischen Gewerbegerichtsgesetz und zum Ortsstatut für das Kaufmannsgericht. Herstellung eines Weges von der Israelsdorfer Allee nach der Siedlung Karlshof. Befestigung des Weges von Tramm nach Roseburg. Nachtrag zum Ablösungsgesetz. Verkauf einer weiteren Landfläche an der Kanalstraße an die Firma R. Glogner & Co. Verkauf eines Bauplatzes an der Dorfstraße. Schulärztliche Versorgung der Gewerbeschule und der Handelslehranstalt. Erbbaurecht an einem Platz in Behlendorf für den Landmann Hübenbecker. Ausführung von Notstandsarbeiten.**

Angenommen wird auch der vom Bürgerausschuß abgeänderte Antrag Nickel: Die Bürgerschaft beschließt, den Senat zu ersuchen, daß allen Personen, denen aus Anlaß des Vorgehens der Polizei in der Zeit vom 9.—11. August Schaden zugefügt ist, der erlittene Schaden ersetzt wird.

Schluß gegen 8 Uhr.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Asba. Mittwoch, 3. Oktober, abends 8 Uhr: Versammlung im Gewerkschaftshaus. Gen. Dr. Pieth spricht über die Partei und das Berufsbeamtentum. Jeder parteigenössischer Beamte und Angestellte muß erscheinen.

Stadttheater. Heute: „Dyckerpotts Erben". Mittwoch zum ersten Male: „Der Marquis v. Keith" von Frank Wedekind.

Angrenzende Gebiete.

Schwartau. Der sozialdemokratische Verein Schwartau-Rensefeld hielt am Sonnabend seine ordentliche Monatsversammlung ab. Als Referent war Parteisekretär Weiß-Lübeck erschienen. Von dem Zeitpunkt des Rücktritts des Reichskanzlers Wirth beginnend schilderte Redner die politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen der rein bürgerlichen Regierung Cuno, die verhängnisvoll für das deutsche Volk geworden sind. Nicht nur, daß nichts unternommen wurde, um dem Druck der durch die Besetzung des Ruhrgebietes auf Deutschland lastete, zu erleichtern, man fand auch nicht den Mut, die besitzende Klasse zur Steuerzahlung zu zwingen. Hinzu kam, daß diese ahnungslose Regierung sich gar nicht darum kümmerte, wie mit dem Gelde des deutschen Volkes im besetzten Gebiete gewirtschaftet wurde. So mußten wir immer tiefer in das wirtschaftliche Elend sinken. Nun endlich besann sich die deutsche Volkspartei, die Partei des Großkapitals und stimmte den Mindestforderungen der V. S. P. D. zu. Es kam zur Bildung der großen Koalition. Die jetzige Regierung hat ein fürchterliches Erbe übernommen. Nur brutale Rücksichtslosigkeit vermag heute Hilfe zu bringen. Die reaktionären Kreise in Bayern und anderweit sind bemüht, die Republik zu stürzen. Das denkende Proletariat und alle ehrlichen Republikaner müssen in dieser schweren Zeit bereit sein, unter Umständen mit ihrem Blut die Republik zu schützen. Die Reichsregierung sah sich gezwungen, um dem wüsten verbrecherischen Treiben reaktionärer Kreise entgegentreten zu können, den Ausnahmezustand zu verhängen. Die nächsten Tage müssen Klarheit schaffen. Die Leute vom Schlag eines Kahr, Ludendorff und Hitler, die vom Haß gegen die Arbeiterklasse erfüllt sind, vom politisch Notwendigen jedoch keine Ahnung haben, treiben ein frevelhaftes Spiel mit dem deutschen Volke. Daß bei diesem Treiben gegen die verhaßte Republik die kommunistische Partei, die Partei blöder Fanatiker und Phrasenhelden, nicht fehlen darf, ist leider nur zu selbstverständlich und soll hier nur der Vollständigkeit halber gesagt sein. Mehr denn je in dieser Zeit heißt es, sich fest an die Partei anzuschließen und nur den Parolen der sozialdemokratischen Partei und des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes zu folgen. Dies allein verbürgt, daß wir die Kraft finden und haben werden, allen Gegnern zum Trotz die Republik zu schützen. Lebhafter Beifall dankte dem Redner für seine 1½stündigen Ausführungen. — Die Aussprache ergab die Zustimmung zu dem Vorgetragenen. Die Parteigenossen werden gebeten, in den nächsten Mitgliederversammlungen pünktlicher zu erscheinen. Etwas mehr Rücksicht auf die von auswärts kommenden Redner kann verlangt werden.

Neustadt i. H. Großfeuer. Das frühere Brauereigebäude auf dem Grundstück des Herrn Bierverlegers Schnoor am Rosengarten wurde am Freitag ein Raub der Flammen. Der Inhalt des jetzt als Schuppen dienenden Gebäudes, etwa 50 Fuder ungedroschenes Getreide, etwa 30 Fuder Heu und ein umfangreicher Stapel Brennholz wurde ein Raub der Flammen, außerdem zwei Wagen, mehrere Pferdegeschirre und eine Häckselmaschine. Das Gebäude ist bis auf die Grundmauern ausgebrannt. Die Entstehung des Feuers ist, da das umfangreiche Gebäude an mehreren Stellen zugleich in Flammen stand, auf Brandstiftung zurückzuführen. Herr Schnoor ist durch Versicherung gedeckt.

Kiel. Menschenfreundliche Landwirte. Von der ungeheuren Not der deutschen Bevölkerung werden unsere Kranken, alten Leute und Kinder am schwersten heimgesucht. Unterernährung, Tuberkulose und Siechtum fordern immer größere Opfer. Man muß nur einmal hineingehen in die Wohnungen der Erwerbslosen, Invaliden, Kleinrentner und Witwen: überall Unterernährung und Krankheit. Kartoffeln, Brot und Milch sind unerschwinglich teuer und noch immer steigen die Preise. Trotz der hortenden Preise sind jedoch viele Landwirte mit dem Erlös ihrer Produkte noch nicht zufrieden. Nun geht man, wie die „Schlesw.-Holst. Volksztg." berichtet, dazu über, in einzelnen Gebieten Schleswig-Holsteins die Milchlieferungen nach Kiel einzustellen. So hat zum Beispiel die Meiereigenossenschaft Holtsee bei Sehestedt, der fast sämtliche umliegenden Bauern und Gutsbesitzer angeschlossen sind, ihre Milchlieferungen nach Kiel eingestellt. Bis vor zirka 14 Tagen hat diese Genossenschaft täglich 900 Liter Vollmilch an einen Kieler Lieferanten geliefert, dann wurde das Quantum auf täglich 280 Liter herabgesetzt, und am 18. September die Lieferung vollständig eingestellt. Der Kieler Meierist, der außer seinen Kunden die Nervenklinik und das Lazarett Wik täglich mit Milch beliefert hat, war einfach nicht mehr in der Lage, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Wie verlautet, sollen Verhandlungen mit den Landwirten dieser Genossenschaft stattgefunden haben, und es soll von einzelnen Bauern gesagt worden sein: „Bei den jetzigen hohen Schrotpreisen ist die Milch als Schweinefutter billiger!" Man war eventuell bereit, Magermilch zu liefern. Man stelle sich vor: zwei Krankenhäuser, die unbedingt auf Milch für ihre Kranken angewiesen sind, wird die Milchlieferung gesperrt. Die vielen Kunden des Meeristen können ihren Kindern die notwendige Milch nicht mehr geben. Ersatz für die ausgefallene Milch ist nicht zu beschaffen, da kein anderer Kieler Meierist in der Lage ist, solche Mengen abzugeben. Das, was hier geschieht, ist ein Verbrechen an der Stadtbevölkerung und grenzt bei der jetzigen schweren Krise, die das deutsche Volk durchzumachen hat, direkt an Landesverrat. Das Oberpräsidium, dem die ganze Sachlage unterbreitet worden ist, hat sofort Schritte unternommen, um die Genossenschaft zu zwingen, die Lieferungen wieder aufzunehmen. Die Genossenschaft ist dieser Aufforderung noch nicht nachgekommen.

Hamburg. Todessturz vom Michaelisturm. Sonnabend nachmittag stürzte sich eine Besucherin des Michaelisturms mit verbundenen Augen vom Turm auf die Straße. Es handelt sich offenbar um eine den besseren Ständen angehörende Frau. Die Lebensmüde war ca. 25 Jahre alt.

Theater und Musik.

Stadttheater.

Im „Rosenkavalier" gab am Sonnabend Herr Stock von der Berliner Staatsoper einen ganz famosen Ochs von Lerchenau. An diesem aufgeblasenen, lüsternen Junker vom Lande war alles wirkungsvoll und echt; jede Bewegung, jeder Ausdruck war dem Wesen des breitspurigen, selbstgefälligen dicken Burschen gemäß. Die Beimischung prächtigen Humors nach Fallstaffs Manier gab dem Bilde einen besonderen Reiz. Nicht minder gelungen war die gesangliche Darbietung. Als Feldmarschallin fand Frau Winternitz-Dosda aus Hamburg, die in Erscheinung und Stimme für die Dame mit der vergangenen Jugend aber dem noch nicht erloschenen jugendlichem Verlangen viel mitbringt, den schmerzlich-süßen, manchmal schon etwas scharfen Ton wehmütiger Resignation. Auch sonst war die Aufführung sehr erfreulich und des lebhaften Beifalls wert, den sie fand. ×

Neue Bücher.

(Alle hier besprochenen Bücher sind durch die Buchhandlung des „Lübecker Volksboten" zu beziehen.)

Martin Andersen Nexö, „Proletarier-Novellen". Uebersetzung von Pauline Klaiber-Gottschau. Verlag Albert Langen, München. In den gesammelten Novellen, die kürzlich unter obigem Titel erschienen sind, zeigt sich Martin Andersen nicht nur als der geborene Erzähler und große soziale Dichter. Man hat seine Freude an diesem Menschen, der sich vom armseligen Bornholmer Arbeiterjungen zu einem allgemein anerkannten Dichter der Weltliteratur hinaufgearbeitet hat. Die vorliegenden sechsundzwanzig Geschichten, die früher teils schon in der Arbeiterpresse veröffentlicht wurden, sind in der Zeit von 1894 bis 1916 entstanden. Die erste „Der Lotterieschwede", ist ebenso formvollendet und ergreifend geschrieben wie die letzte, „Der Hofsänger". Arbeit, Freude, Not und Tod der Aermsten haben in Andersen ihren Verkünder gefunden. Dem sentimentalen Leser kommen Tränen der Rührung in die Augen bei der Lektüre dieser Armeleut-Geschichten. Daß er auch über einen herzhaften und köstlichen Humor verfügt, offenbart die Geschichte vom Glück durch den Müllabladeplatz. Die „Proletarier-Novellen" Andersen-Nexös sind ein schönes, ein wunderbares Buch. Der Dichter hat auch eine vortreffliche Uebersetzerin gefunden. Im letzten Grunde liegt ein Erziehungswerk für die Arbeiterschaft, insbesondere für die Arbeiterjugend, vor uns. Man muß tief bedauern, daß die Teuerung es verhindert, dieses Buch jeder Familie auf den Tisch zu legen. Es sollte überall gelesen werden. wb.

Ein glückliches zufriedenes Volk ist eine große Seltenheit. Trotz der unwirtlichen Natur ihrer Heimat können die Eskimos sich der Zufriedenheit rühmen. Dies lehren uns nicht nur die neuesten Forscher, die längere Zeit unter ihnen geweilt haben, wie Knut Rasmussen und Vilhjalmur Stefansson, die beide in ihren interessanten Werken darüber berichten, auch der dänische Geistliche Hans Egede, der im Anfang des 18. Jahrhunderts lebte und der als „Apostel der Grönländer" die Eskimos mit dem Christentum bekannt zu machen suchte, hat die Gutmütigkeit und Naivität dieser Heiden, aber auch ihren unabhängigen Sinn kennengelernt. Er hat darüber sehr interessante Aufzeichnungen hinterlassen, die für die Länder und Völkerkunde Grönlands von hohem Werte sind. Es ist darum sehr zu begrüßen, daß Brockhaus in seine wertvolle Sammlung „Alte Reisen und Abenteuer" auch die Beschreibung Grönlands aufgenommen hat, die Hans Egede geschrieben und sein Sohn und Nachfolger Paul ergänzt hat. Dr. Heydrich hat diese Aufzeichnungen unter dem Titel „Die Erforschung von Grönland" herausgegeben und mit einer wertvollen Einleitung über die Entdeckungsgeschichte und Missionsgeschichte Grönlands versehen. Das Buch ist mit zahlreichen alten und neuen Abbildungen aus dem Leben der Grönländer ausgestattet.

7099

Alt-Eisen, alte Maschinen Dampfkes. j. Art Hufe u. Schmiedeeisen, Späne, Schmelzgußbruch.
Alt-Metalle, Kupfer, Messing, Zink Blei, Stanniol, Späne
L. Lissianski, Kanalstr. 21 Obertrave 19. Großhandel. Fernspr. 876. Großhandel. (080
Felle, Tierhaare, Papier usw. kaufe laufend ab jed. Ort jeden Posten. — Beste Absatzquelle für Händler, Klempner, Schmiede. Fabrikationsbetriebe.

Eimerbier
Dienstag von 3—6 Uhr. 7061) H. Bade.

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (6915
Otto Albers
Markt 4 Kohlm. 10

Geschäftsbücher
Schreibblocks
Rechnungsblocks
Quittungsblocks
Kuverts
Klebemarken
Kellnerbonsbücher
Tinte, rot u. schwarz
Leim, gute Qualität
Bleistifte, Kopierstifte
Federn, Federhalter
zu haben in der (3762
Buchhandlung Lübecker Volksbote.

Bei Furunkulose verwendet man stets Das Pflaster mit dem Inderkopf
Zu haben in der Adler- und Löwen-Apotheke. (6752

Sport und Spiel
Anleitung und Grundlage zur Erlernung und zum Verständnis aller modernen Sportarten
Unter Mitwirkung von Sportbehörden herausgegeben von Dr. Wilhelm Kranzler
Zu beziehen durch die Buchhandlung Lübecker Volksbote.

Die Macht der Schönheit
verleiht Ihnen nur die (6670
duftreiche Steen's Glycerin-Milch Seife
Engros-Niederlage: Hartoff & Schulz, Lübeck.

Steppdecken
Anfertigung u. Reparaturen. Spezialhaus
Breitestr. 31. Fernsp. 3559 (7062

Visitenkarten
fertigt an die Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co

Prima Kernleder-Sohlen.
26 Beckergrube 26. (6918